Mittwoch, 2. April 1919. Zweites Morgenblatt. 63. Jahrgang. Nr. 248.

Frankfurter Zeitung
und Handelsblatt.

(Frankfurter Handelszeitung.) (Neue Frankfurter Zeitung.)
Stadt-Telephon: Amt Hansa 8162. Für auswärts: Amt Hansa 8173.
Begründet von Leopold Sonnemann.

Bezugspreis: In Deutschland bei den Agenturen u. Postanstalten vierteljährlich ℳ 9.—. — Bei den Postanstalten in Bulgarien L. 24.33 st, Dänemark Kr. 8.53, Finland, Finnmark 15.27, Holland fl. 7.20, Luxemburg ℳ 10.44, Norwegen Kr. 9.40, Oesterreich (Wien, auch Wollzeile 11) Kr. 15.58 m. 50% Zuschlag, Schweden Kr. 9.54, Schweiz Fr. 11.85, Türkei (D. P.) Piaster (Silber) 85.½, Ungarn Kr. 23.14. Unt. Streifb. nach d. Ausland vierteljährl. ℳ 18.—. In Frankfurt a. M. vierteljährl. ℳ 7.50.
Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe 10 Pfg.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Preis der Anzeigen: Die kleine Zeile 80 ₰ Abendblatt ℳ 1.—, Reklamen ℳ 2.50 Abendblatt ℳ 3.—, 50% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 10% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Geschäftsstelle Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstr. 16/18, Dresden A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstraße 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Expeditionen. Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Die Streikbewegung.

Abordnungen bei der Regierung.

wr Weimar, 1. April. (Priv.-Tel.) Aus dem Ruhrgebiet sind heute zwei Abordnungen der streikenden Arbeiter bei dem Arbeitsminister Bauer in Weimar eingetroffen. Der Minister Bauer hat heute mittag bereits mit ihnen Besprechungen abgehalten und wird heute abend mit ihnen gemeinsam nach Berlin reisen, um dort in enger Verbindung mit dem Gesamtkabinett die Aussprache fortzusetzen. Es kann aber nach den uns von zuständiger Seite gewordenen Mitteilungen keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß die streikenden Bergleute mit ihren kommunistischen Forderungen auf ein Entgegenkommen bei der Reichsregierung nicht werden zu rechnen haben. Die Reichsregierung bleibt bei dem in ihrer Kundgebung eingenommenen Standpunkt, daß die sechsstündige Arbeitsschicht zu einem völligen Erliegen des Bergbaues und zu einer schweren Schädigung unserer innen- und außenpolitischen Lage führen müßte. Die von den Bergleuten aufgestellten politischen Forderungen sind eine Negierung der Demokratie und würden die Diktatur einer Klasse bedeuten. Dieselben kommunistischen Forderungen wurden auch beim Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet laut und sind mit Entschiedenheit von der Reichsregierung zurückgewiesen worden. Die Einrichtung von Betriebsräten ist den Bergleuten bereits zugesichert. Ein Uebergreifen dieses Rätesystems auf das rein politische Gebiet wird dagegen von der Regierung abgelehnt. Bleiben die Bergleute bei ihren unerfüllbaren Forderungen, so ist die Reichsregierung entschlossen, ebenso wie seinerzeit im mitteldeutschen Braunkohlengebiet den Kampf durchzufechten und den Bergleuten die Verantwortung für das Unglück zuzuweisen, das sie damit in dieser kritischen Situation über Deutschland heraufbeschwören.

Rhein-Ruhrgebiet.

sch Duisburg, 1. April. (Priv.-Tel.) Auf das Rhein—Ruhrrevier hat der Streikbeschluß im Bochum—Dortmunder Revier vorläufig keine einheitliche Wirkung hervorgerufen. Die Belegschaften der Thyssenschen „Gewerkschaft Deutscher Kaiser" und „Rhein I" in Hamborn haben beschlossen, sich abwartend zu verhalten, um zu sehen, wie sich die Lage in Westfalen entwickelt. Nur die Schächte der Gewerkschaft „Lohberg", die bekanntlich nur kommunistische Arbeiter und Angestellte dulden, sind sofort in einen Sympathiestreik eingetreten. Auf allen vier Schächten der Gewerkschaft „Neumühl" wird gearbeitet. In Oberhausen arbeiten noch alle Schachtanlagen der Gutehoffnungshütte, doch droht man die 7½-Stundenschicht dort auf 6 Stunden herabzusetzen. Zeche „Roland" in Oberhausen vom Harpener Bergbau arbeitet ebenfalls regelmäßig. Auf sämtlichen Zechen der „Concordia" Bergbau-Aktiengesellschaft wird, wenn auch unregelmäßig, eingefahren. Der Streik ist noch nicht erklärt. Im nebenan liegenden Bottroper Bezirk sind von der Zeche „Prosper" zwei Schächte sofort in den Ausstand getreten, während zwei Schächte, die bereits seit einer Woche die Sechsstundenschicht eingeführt haben, noch arbeiten; doch wird auch hier ein Eintreten in den Streik erwartet. Die Möllerschächte befinden sich ebenfalls im Ausstand. In Mülheim (Ruhr) feiern die Belegschaften auf allen Zechen des Mülheimer Bergwerksvereins. In Duisburg sind auf den vier Schächten der Zeche „Westende" (Hütte Phönix) insgesamt 100 Mann nicht eingefahren, sodaß man dort von einem Ausstande nicht sprechen kann. Auch auf den Duisburger Schächten der Zeche „Diergardt" ist alles ruhig. Ueberall dort, wo die Kommunisten unter den Bergarbeitern in der Mehrzahl sind, wird gestreikt, während auf anderen Schächten die Belegschaften nichts von Arbeitseinstellung wissen wollen. In den Rheinbabenschächten im Bottroper Revier ist die Belegschaft sogar von der eigenmächtig eingeführten 6-Stundenschicht wieder zur 7½-Stundenschicht zurückgekehrt. Durch die vorhergehenden Teilstreiks sind die Vorräte auf den Montan- und Metallindustriewerken stark zusammengeschmolzen, sodaß bei neuem Kohlenmangel Stillegungen zu erwarten sind.

s Dortmund, 1. April. (Priv.-Tel.) Auf der Zeche „Freier Vogel" streiken auch die Kesselheizer, so daß die Zeche vor dem Ersaufen steht. Auf der Zeche „Westhausen" herrscht ebenfalls Streik. Die Belegschaft von „Tremonia" beschloß, nicht eher zu arbeiten, als bis alle Forderungen bewilligt seien. In Annen verurteilte eine Arbeiterversammlung den Mißbrauch des gewerkschaftlichen Streiks zum politischen Sympathiestreik und stellte sich hinter die Regierung. In Lütgendortmund wurde der von den Spartakisten gewaltsam eingesetzte Arbeiterrat wieder beseitigt.

N Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) Wie bereits angedeutet, spielt die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, angesichts des Generalstreiks im Ruhrrevier, dessen politischer Zweck unverkennbar ist, auch diesmal eine zweideutige Rolle. Sie kann nicht leugnen, daß die Regierung den Bergarbeitern Zugeständnisse gemacht hat. Aber da die Sozialisierung der Bergwerke noch nicht durchgeführt ist, kommt sie zu dem Ergebnis, daß so gut wie nichts geschehen sei. Ueber den Sechsstundentag lasse sich verhandeln, aber die Regierung wolle nicht verhandeln, sondern wolle die Gewalt und die Strafe des Hungertodes, und sie schließt: „Das jetzige Verhalten der Regierung ist im übrigen ja nur die Konsequenz ihrer ganzen bisherigen Politik. Sie meint, mit Waffengewalt direkt die Arbeiterschaft zur Raison bringen zu können. In Wirklichkeit hat sie die Revolution ruiniert, bringt das Wirtschaftsleben immer mehr zum Stillstand und treibt immer neue Schichten der Arbeiterklasse zur Verzweiflung. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Politik mit dem völligen Bankerott enden muß. Je länger man sie gewähren läßt, desto schlimmer wird der Zusammenbruch sein. Wir hoffen, daß die Bergarbeiter der Gewalt der Regierung kühle Besonnenheit entgegensetzen und sich trotz aller Provokation nicht zur Zielscheibe der Regierungsgewehre machen lassen werden. Gewaltsames Vorgehen der Arbeiterschaft verlängert nur die Herrschaft der Noske-Scheidemänner. Bleibt die Arbeiterschaft dagegen gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, in abwartender Haltung, dann wird die Regierung, die sich einbildet, Zwangsarbeit neu einführen zu können, sehr bald verschwinden müssen."

Zusammenstöße in Stuttgart.

G Stuttgart, 1. April. (Priv.-Tel.) Trotz Verhängung des Belagerungszustandes fand heute vormittag auf dem Wilhelmsplatz eine Versammlung von etwa 8000 Menschen statt. Nach mehreren Ansprachen zog die Menge mit Soldaten an der Spitze nach der Moltkekaserne, wo die Mannschaften des Regiments 125, deren Haltung als unsicher gilt, aufgefordert wurden, sich dem Zuge anzuschließen. Die Mannschaften leisteten aber der Aufforderung keine Folge. Nach längeren Demonstrationen ging der Zug weiter nach der Ludwigsstraße vor das Haus des unabhängigen Blattes „Der Sozialdemokrat". Plötzlich fielen einige Schüsse. Es wurde eine Person getötet und mehrere verwundet. Während des ganzen Tages sammelten sich an der Rotebühlkaserne und an der Moltkekaserne größere Menschenmengen an. Vor der Rotebühlkaserne wurde ein Proviantwagen mit Brotlaiben angegriffen, worauf der Bedeckungspanzerwagen zu schießen begann. Auch hier soll es mehrere Tote gegeben haben. Bisher sind weitere Zusammenstöße nicht gemeldet. Die Regierung hat weitere Sicherheitsmannschaften aus dem Lande herbeigezogen. Im Lande selbst ist mit Ausnahme von Eßlingen und Göppingen, wo gleichfalls der Generalstreik proklamiert wurde, alles ruhig.

Streik in der Groß-Berliner Metallindustrie.

N Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) In der Groß-Berliner Metallindustrie droht, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, ein Streik der kaufmännischen und technischen Angestellten infolge von Gehaltsdifferenzen, die seit mehreren Monaten schweben. Eine Versammlung der Vertrauensleute des Gaues Groß-Berlin des Bundes der technisch-industriellen Beamten hat heute prinzipiell den Streik beschlossen. Morgen vormittag soll durch Abstimmung in den einzelnen Betrieben die definitive Entscheidung über den Streik fallen.

•

N Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) In Berlin gehen seit einiger Zeit wieder Gerüchte um, daß die Spartakisten für das Ende dieser oder den Anfang nächster Woche, wo der Rätekongreß wieder zusammentritt, neue Putschversuche machen wollen. Es wird auch der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Regierung ihrer Truppen nicht so sicher wie bisher sein dürfte. Es ist der Oeffentlichkeit nicht bekannt, was an diesen Ansichten richtig ist oder nicht. Tatsache aber ist, daß die Regierung überzeugt ist, die Pläne der Spartakisten zu kennen, und ebenso überzeugt, daß sie imstande sein wird, gegebenenfalls alle aufrührerischen Versuche mit der gebotenen Energie niederzuschlagen.

Hanau, 1. April. (Priv.-Tel.) Der vor einigen Wochen verhaftete Führer der hiesigen U. S. P. Schnellbacher ist aus der Untersuchungshaft entlassen und in einem Triumphzug von seinen Parteifreunden nach dem Gewerkschaftshaus geleitet worden.

Gegen die wachsende Unsicherheit.

Berlin, 31. März. (W. B.) Die Verfügung des Ministers des Innern vom 18. März über die Bildung von Einwohnerwehren waren lediglich informatorisch, die den vom Schutzverband deutscher Landwirtschaft ausgearbeiteten Richtlinien zur Aufstellung des Landschutzes als Anlage beigefügt worden waren. Dies führte zu dem Mißverständnis, als ob diese Anlage eine amtliche Verfügung des Ministeriums wäre. Minister des Innern Heine erließ für die sich von Tag zu Tag mehr als notwendig herausstellende Bildung von freiwilligen Schutzwehren gegen die zunehmende Unsicherheit in Stadt und Land, gegen das Anwachsen des Verbrechertums und namentlich gegen die neuerdings mehrfach vorgekommenen Ueberfälle von Gehöften durch ganze bewaffnete Banden eine neue Zirkularverfügung, die den Behörden binnen Kurzem zugehen wird.

Die Friedenskonferenz.

Danzig.

N Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) Die aus englischen und amerikanischen Blättern und auch aus der französischen Presse stammenden neueren Nachrichten über die Meinungsverschiedenheiten, die unter den Führern der Entente über Annexionsfragen und auch über die Danziger Frage unverkennbar vorhanden sind, machen es sehr unwahrscheinlich, daß es über die Angelegenheit des Transportes der Divisionen zu einem Bruch mit Deutschland kommen könnte. Wenn Havas eine Aeußerung des „Echo de Paris" zu verbreiten für gut hält, worin eine gewaltsame Besetzung Danzigs angedeutet wird, so macht das hier als ein leicht erkennbarer Einschüchterungsversuch nicht den beabsichtigten Eindruck.

wr Weimar, 1. April. (Priv.-Tel.) Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach wird sich morgen ebenfalls nach Berlin begeben, um an den Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichskabinett über die Frage der Landung der alliierten Truppen in Danzig teilzunehmen. — Irgend ein Entschluß des Präsidenten Fehrenbach, nach Wien zu reisen, ist bis jetzt noch nicht gefaßt. Eine Einladung an den Präsidenten der Nationalversammlung, nach Wien zu kommen, ist bis jetzt noch nicht erfolgt, und infolgedessen hat Herr Fehrenbach über seine etwaige Reise nach Wien auch noch keinerlei Dispositionen treffen können.

Paris, 1. April. (W. B.) Reuter. Die Frage des zukünftigen Schicksals Danzigs ist noch ungelöst. Wahrscheinlich wird die Frage so gelöst, daß die Stadt Danzig und die Bahn, die sie mit dem polnischen Eisenbahnsystem verbindet, internationalisiert werden oder daß darauf das Mandatssystem Anwendung findet.

Amsterdam, 1. April. (W. B.) Drahtlos wird aus Paris gemeldet, daß Foch vom Viererrat die nötigen Instruktionen bezüglich Danzigs erhalten hat.

•

hn Haag, 1. April. Die „New York Sun" meldet, daß die interalliierte Kommission am Montag Bestimmungen für den Empfang der deutschen Friedensdelegation in Versailles getroffen habe. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß auch deutsche Journalisten die Delegation begleiten werden. Das Journalistenzimmer sei abgeteilt worden, so daß die deutschen und alliierten Journalisten nicht zusammen zu arbeiten brauchten. Man sei über den Ausgang des Friedensschlusses sehr wenig optimistisch, da man sich klar darüber sei, daß die Friedensbedingungen keinen Menschen vollkommen befriedigen würden. Die Diplomaten versuchten alles, um die Schwierigkeit möglichst aus dem Wege zu schaffen. Zu diesem Zwecke sei eine neue Form der Völkerverfassung aufgestellt worden, die am Donnerstag in einer Plenarsitzung der Völkerbundskommission behandelt werden würde.

Paris, 1. April. (W. B.) Havas. Das „Echo de Paris" meldet: Marschall Foch ist heute Nacht zur Front abgereist mit allen erforderlichen Instruktionen, um mit den deutschen Bevollmächtigten in Spa zu verhandeln. Er wird mit dem Rat der Vier in dauernder Verbindung stehen.

Paris, 1. April. (W. B.) Havas. Wilson, Lloyd George, Orlando, Clemenceau, Balfour, Sonnino, Lansing und Pichon hatten gestern nachmittag eine vierstündige Unterredung, an der während einiger Zeit auch Marschall Foch sowie die Generale Wilson und Diaz teilnahmen.

Die S-Räte des Gardekorps.

N Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) Heute vormittag traten die Soldatenräte des Gardekorps im Sitzungssaal des Herrenhauses zusammen. Der Vorsitzende erwähnte, daß die Gardetruppen mit Ausnahme der Regimenter „Franz" und „Augusta" in die Reichswehr übergeführt werden. Die beiden genannten Regimenter seien anscheinend, weil sie ohne Offiziere sind, beiseite geschoben worden. Es entspann sich hierauf eine lebhafte Debatte, in der ausgeführt wurde, daß die acht Kavallerieregimenter, die sich bei dem Zwist zwischen dem Korpssoldatenrat und dem kommandierenden General auf die Seite des letzteren gestellt haben, nur einen geringen Bruchteil des Gardekorps repräsentierten. Es seien insgesamt 1090 Mann. Unerhört sei es, daß für eine derartig geringe Truppenstärke acht komplette Regimentsstäbe unterhalten werden. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Die versammelten Soldatenräte des Gardekorps nahmen mit Entrüstung von der Verfügung des Generalkommandeurs, wonach bei Errichtung der Reichswehr die Gardetruppen mit den freiwilligen Verbänden des Generalkommandos Lüttwitz verschmolzen werden sollen, Kenntnis. Bei der Mißstimmung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung und bei den Berlinern besonders gegen die freien Korps herrscht, hätten die Versammelten es für richtig gehalten, die für Groß-Berlin in Frage kommende Reichswehrbrigade nur aus Gardetruppen unter dem Befehl des Generalkommandos zu formieren. Die Versammelten sind mit einem Zusammenlegen mit den Freiwilligenverbänden unter der Bedingung einverstanden, daß unbeschadet der Stellungnahme zu den sieben Hamburger Punkten der Erlaß vom 19. Januar 1919 auch auf die Reichswehr Anwendung findet."

Fallechner teilte auf Anfrage hin mit, daß der Stadtkommandant Klawunde am heutigen Vormittag wegen grober Verletzung von seinem Posten enthoben und daß er (Fallechner) vorläufig die amtlichen Geschäfte übernehme. Die Absetzung Klawundes wird mit den letzten Unruhen in Zusammenhang gebracht, da Klawunde einerseits mit der republikanischen Soldatenwehr, auf der andern Seite mit den Militärbefehlshabern in Konflikt geraten ist.

Hessen.

k Offenbach, 1. April. (Priv.-Tel.) In einer hier abgehaltenen Sitzung der hessischen Volksräte gab Ministerialdirektor Neumann eine Schilderung der kläglichen Nahrungsmittelversorgung in Hessen. Die einzige Rettung sei die gänzliche Unterbindung des Schleichhandels und der Schwarzschlachterei, zu deren Erreichung die Volksräte tatkräftigste Hilfe leisten müßten. Gefordert wurden Kontrollkommissionen aus den Reihen der Volksräte, die mit Polizeigewalt und den Rechten der Beschlagnahme ausgestattet sind. Die Fortdauer des politischen Rätesystems wurde abgelehnt, dagegen die Verankerung der Arbeiterräte als wirtschaftspolitische Organisationen gewünscht. Weiter wurde gefordert, daß die Landwirte, die sich des Wuchers und Schleichhandels schuldig machen, ihres Besitzes enteignet werden.

Darmstadt, 1. April. (W. B.) Die hessische Volkskammer, die heute wieder zusammengetreten ist, nahm bei der Beratung des Notgesetzes wegen Verlängerung des Budgets folgenden Ausschußantrag an: Die unter Kapitel 2 vorgesehene Zivilliste des früheren Großherzogs in Höhe von 1410000 Mark ist gestrichen. Die Regierung wird ermächtigt, bis zur definitiven Beschlußfassung über den Staatsvoranschlag die Beträge zu zahlen, die zur Deckung der Bezüge für die seitherigen Beamten und Bediensteten der Hofverwaltung und des Hoftheaters, sowie von Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen erforderlich sind, soweit nicht die Verhandlungen mit dem Großherzog schon früher zu einer Verständigung führen. Die Steuervorrechte des früheren Großherzogs und der Mitglieder des großherzoglichen Hauses sind am 25. Februar 1919 fortgefallen.

Verfassungsausschuß der Nationalversammlung.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

wr Weimar, 31. März. (Priv.-Tel.) Der Verfassungsausschuß trat heute in die Beratung des zweiten Abschnittes des Verfassungsentwurfes (Artikel 28 bis 40) ein, der die „Grundrechte des deutschen Volkes" behandelt. Die Grundrechte für Kirche und Schule sollen besonders behandelt werden. Zunächst handelt es sich um die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Rechte und Pflichten der Reichsangehörigen. — Der Abgeordnete Dr. Naumann (Dem.) hat als Berichterstatter unter dem Titel „Versuch volksverständlicher Grundrechte" einen Antrag eingebracht, dem der Gedanke zu Grunde liegt, die Fassung des Entwurfes durch eine lebhaftere und wärmere Sprache zu ersetzen.

Artikel 28 lautet nach dem Regierungsentwurf: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Alle öffentlich-rechtlichen Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind zu beseitigen. Ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig." Abg. Dr. Naumann schlägt folgende Fassung vor: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Vorrechte der Geburt, des Standes und der Konfession finden nicht statt. Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Jeder Deutsche ist ein Wertgegenstand der Nation, solange er seines Volkes würdig bleibt. Auslandsdeutsche stehen unter dem Schutze des Reiches. Alte, Schwache, Kranke und Verletzte sind im Falle Unvermögens Pfleglinge der Gemeinschaft. Volkserhaltung ist Staatszweck, Kinderzuwachs ist nationale Kraft." Abänderungsanträge liegen ferner vor von den Abgeordneten Dr. Düringer (D. Nat.), Dr. Quarck (S), Gröber (Z.) und Dr. Kahl (D. Volksp.). Die beiden letzteren beziehen sich auf das Verhältnis des Staates zu Kirche und Schule.

Der Berichterstatter Dr. Naumann griff in seinem einleitenden Vortrag auf die Frankfurter Versammlung von 1848/49 zurück, die Grundrechte für das deutsche Volk aufgestellt hätte, während in der Bismarckschen Verfassung des Norddeutschen Bundes und später des Deutschen Reiches bewußt auf die Aufnahme von Grundrechten verzichtet worden war, weil gerade in diesem Punkte die Auffassungen des leitenden Staatsmannes und der liberalen Reichstagsmehrheit weit auseinander gingen. Revolutionäre Zeiten brauchten aber leitende Grundgedanken. Dem hat auch der Verfassungsentwurf des Ministers Preuß Rechnung getragen. Naumann unterscheidet in dem Entwurf folgende Gruppen von Grundrechten: Menschenrechte, wie die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, der Wohnung, des Eigentums; Bürgerrechte, wie die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz; Staatsbürgerliche Fragen, wie den Gehorsam gegen Staat und Gesetz und die Steuerpflicht; Rechte der Gedankenfreiheit, wie Vereins-, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der Lehre, dazu Freiheit der Kirche und Schule die gesondert zu behandeln sei. Ein Reichserziehungs- und Schulgesetz müsse aber ebenfalls erwogen werden. Die Verhältnisse in Preußen, wo die Grundrechte in der Verfassung standen, aber in vielen Dingen von der Verwaltung ignoriert wurden, warnen vor allzu großer Vertrauensseligkeit hinsichtlich ihrer praktischen Bedeutung. Ihre Aufnahme in die Verfassung gibt aber jederzeit eine Handhabe zum Schutz des elementarsten Rechtsbesitzes. Vor allem aber hat sich der Staatsbegriff selbst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gewaltig verändert. Der Gedanke demokratischer Ausgestaltung ist weit fester als damals im Volksbewußtsein verankert. Neue Elemente nationaler und sozialer Natur sind durch die Umwälzung im Staate in die politische Idee eingedrungen und müssen daher auch in der Verfassung ihren Platz finden.

Aus seinem Antrag hob er noch folgende Sätze hervor: „Jede ehrliche Arbeit ist gleichen Rechts und gleicher Würde" und: „Volkswirtschaft steht über Privatwirtschaft". Ein Ausgleich der rein sozialistischen und rein individualistischen Anschauung muß gefunden werden. Niemand weiß, wie weit der Bolschewismus seine Wellen treiben wird, umsomehr müssen wir in der Verfassung selbst feste Grundsätze auf diesem Gebiete aufstellen. Deutschland steht auch weltpolitisch zwischen dem russischen Kommunismus und dem angelsächsischen Individualismus. Es muß zwischen beiden seinen eigenen Weg finden. Die Aussprache muß zunächst feststellen, was das Staatsbekenntnis der deutschen Republik sein wird.

Abg. Dr. Düringer (D. Nat.) führte als Berichterstatter aus, daß Grundrechte weniger ein juristischer als ein geschichtlicher und politischer Begriff seien. Im Hinblick auf andere Verfassungen, namentlich die amerikanische, bejahe er die Frage, ob Grundrechte in die Verfassung aufgenommen werden sollen. An einzelnen Fällen wies der Redner nach, daß Grundrechte in den Verfassungen eine starke praktische Bedeutung haben, und forderte namens seiner Freunde, daß das Verhältnis von Staat und Kirche und die Erhaltung des Religionsunterrichtes an der Schule in der Verfassung festgelegt werde. Den Versuch Naumanns, die Grundrechte gemeinverständlich darzulegen, müsse er ablehnen. Das sei Sache des staatsbürgerlichen Unterrichts.

In der Aussprache betonte Dr. Sinzheimer (Soz.), daß die Grundrechte notwendig seien, da sie Richtlinien für den Schutz des Staatsbürgers durch die Gesetzgebung enthielten, der die Ausführung im einzelnen obliege. Nur das Gesetz solle über das Leben der Gesamtheit und des Einzelnen bestimmen, auch grundsätzliche Ausführungen über Kirche und Schule gehörten in die Verfassung. Die Hauptsache sei aber die Ergänzung nach der sozialen Seite. Beispielsweise sei dem Künstler, der in voller Freiheit schaffen soll, Anspruch auf den wirtschaftlichen Schutz des Staates zu verschaffen. Der Begabte, der über keine wirtschaftlichen Mittel verfüge, müsse in seinem Aufstieg von der Gemeinschaft gefördert werden. Die Koalitionsfreiheit sei gegenüber Eingriff des Staates, wie auch gegenüber solchen der sozialen Gewalten zu schützen und Vereinbarungen, die die Koalitionsfreiheit bedrohen, in der Verfassung für ungültig zu erklären. In den sozialdemokratischen Anträgen sei der Versuch gemacht, für das Recht auf Arbeit eine Formulierung zu finden und die Freiheit des Arbeiters gegen jeden Eingriff zu schützen, der dem Zweck des Arbeitsvertrages zuwiderläuft. Schließlich müsse die Volksbildung grundsätzlich von Reichswegen gefördert werden. Die Absicht Naumanns, die Grundrechte gemeinverständlich darzustellen, will die Sozialdemokratie noch erweitern.

Auch der Zentrumsabgeordnete Gröber stimmte der Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung zu. Besonderen Wert legte er darauf, daß die Grundrechte die Minderheiten schützen, namentlich auf dem Gebiete der Religion müsse die Freiheit wirksamer als bisher geschützt werden. Eine gemeinverständliche Darstellung der Grundrechte sei berechtigt, aber Rechtsnormen müßten eine möglichst präzise Fassung erhalten.

Reichsminister Dr. Preuß äußerte Zweifel daran, ob Naumanns Entwurf das Ziel der gemeinverständlichen Darstellung wirklich erreiche. Es sei kein Zufall, daß die Bismarcksche Reichsverfassung auf Grundrechte verzichtet habe, und daß die jetzige sie wieder einführen wolle; das sei der Gegensatz zweier Zeitalter. Auch alte Rechte, die uns heute als selbstverständlich erscheinen oder nur noch wie Museumsstücke angesehen werden, dürfen wir nicht fortlassen, weil aus ihrem Fehlen ganz bedenkliche Folgerungen gezogen werden könnten. Es finden sich in den Entwürfen Ideen verschiedener Art, die man aber nicht in einem Bekenntnis aus einem Guß niederlegen könne. Ein Gesetz müsse greifbare Sätze enthalten. Immerhin könne man vielleicht aus dem Naumannschen Entwurf einige Grundgedanken in die Verfassung übernehmen. Es sei allerdings zweifelhaft, ob das Ganze dadurch einheitlicher würde.

Abg. Ablaß (Dem.) beantragte, um den Naumannschen Entwurf vor dem Schicksal einer Ablehnung im Ganzen zu bewahren, ihn einem Unterausschuß zu überweisen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) erging sich in Ausführungen über die Bedeutung der Grundrechte im Hinblick auf die Kirchenpolitik und meinte, der Kulturkampf wäre vielleicht nicht entstanden, wenn der Grundsatz der Freiheit der Kirche neben der allgemeinen Regelung in der preußischen Verfassung noch durch Sondergesetze genauer umgrenzt worden wäre. Er sprach sich wie Dr. Düringer (D. Nat.) gegen den Antrag Naumann aus und wünschte, daß die Frage von Kirche und Schule nicht in einem Unterausschuß behandelt werde.

Abg. Dr. Spahn forderte, daß zunächst Klarheit darüber geschaffen werde, ob die Stellung des Reiches zu den Organisationen der Gesellschaft und der Organisationen zu den Einzelnen und unter sich in der Verfassung geregelt werden solle.

Abg. Katzenstein (Soz.) wünschte, daß neben den Rechten auch die Pflichten der Staatsbürger genauer umschrieben würden. Die früheren Grundrechte seien wesentlich negativen Charakters gewesen. Es gelte jetzt, den positiven Inhalt der Grundrechte zu bestimmen. Die eigentliche Aussprache über diese Dinge müsse im Verfassungsausschuß selbst erfolgen.

Abg. Koch-Kassel (Dem.) empfiehlt den Naumannschen Entwurf, da Grundrechte nicht lediglich juristischen Inhalt haben, sondern in der Tat auch die Weltanschauungen berühren. Gerade darum empfehle sich die weitere Behandlung in einem Unterausschuß, da sonst der Verfassungsausschuß eine Woche lang über Weltanschauungen streiten werde.

Der Ausschuß ging dann zur allgemeinen Besprechung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche wie zwischen Staat und Schule auf Grund der Artikel 30 und 31 über, zu denen Abänderungsanträge des Zentrums und der Sozialdemokraten vorliegen. Berichterstatter Abg. Gröber (Z.) hat Bedenken dagegen, das Verbot der Frage nach der Religionszugehörigkeit in so unbedingter Form wie im Entwurf auszusprechen. Das Zentrum schlage vor, den Grundsatz, daß niemand zu einer kirchlichen Gemeinschaft gezwungen werden könne, in dem Sinne genauer zu fassen, daß niemand „von Staatswegen" dazu gezwungen werden dürfe. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wolle das Zentrum auch auf die geistlichen Orden ausdehnen.

wr Weimar, 1. April. (Priv.-Tel.) Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung setzte heute nachmittag im Beisein des als Regierungsvertreter zugezogenen Geheimrats v. Harnack die Besprechung über die

Glaubensfreiheit und Lehrfreiheit

fort. Artikel 30 bestimmt im wesentlichen die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, verbietet die behördliche Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, soweit davon nicht Rechte und Pflichten abhängen, macht die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern von dem Religionsbekenntnis unabhängig und sichert die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen, zu denen andererseits niemand gezwungen werden darf, sowie die Freiheit der Vereinigung zur Religionsgemeinschaft. Nach Artikel 31 sind Kunst, Wissenschaft und Lehre frei, der Volksschulunterricht unentgeltlich. Auf die Volksschulbildung soll sich der Unterricht an mittleren und höheren Bildungsanstalten aufbauen. Das Unterrichtswesen steht unter staatlicher Aufsicht.

Der Antrag des Zentrums zu Artikel 30 will die Frage nach der Religionszugehörigkeit dahin formulieren, daß Auskunft nur insoweit zu erteilen ist, als davon Rechte und Pflichten abhängen. Ferner soll niemand „von staatswegen" zu einer kirchlichen Handlung oder Feier gezwungen oder an der Erfüllung solcher religiöser Pflichten gehindert werden dürfen, endlich soll auch die Vereinigung zu geistlichen Gesellschaften (Orden) freistehen. Der Antrag fügt ferner neue Artikel 30a bis 30c ein, die in der Hauptsache bestimmen: Jede Religionsgesellschaft ordnet oder verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und verleiht ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates. Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeiten nach dem B. G. B. Sonntage und Feiertage bleiben erhalten. In der Wehrmacht, in Krankenhäusern usw. ist Seelsorge einzurichten. Die Religionsgesellschaften bleiben im Besitze ihrer Kultusanstalten und Stiftungen sowie ihres Besteuerungsrechtes. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen unter Leitung der Religionsgesellschaften. Die theologischen Fakultäten bleiben erhalten. Den Artikel 31 möchte das Zentrum dahin ergänzt wissen, daß Privatunterrichtsanstalten errichtet werden dürfen, daß den tüchtigen Volksschülern der Zugang zu höheren Bildungsanstalten ermöglicht wird und daß die Lehrer an öffentlichen Schulen die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten haben.

Dr. Kahl (D. Vp.) und Dr. v. Delbrück (D. Nat.) treten dem Antrag des Zentrums im wesentlichen bei, jedoch mit der Maßnahme, daß die Regelung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche der Landesgesetzgebung zusteht und daß die Religionsgesellschaften trotz der Freiheit ihrer Verwaltung den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen sind.

Die Sozialdemokratie beantragt zu Artikel 30, daß die Frage nach der Religionszugehörigkeit für „öffentliche statistische Zwecke" gestellt werden kann, daß die „Religionsübung innerhalb der durch die guten Sitten und öffentliche Ordnung gezogenen Schranken" frei ist und daß die Religionsgesellschaften bei sonstiger Freiheit den allgemeinen Gesetzen unterworfen sind. Weiter beantragen die Sozialdemokraten zu Artikel 31 den Zusatz: „Jeder geistig schöpferische Deutsche, Künstler, Gelehrte oder Techniker, der den Nachweis ernster Künstler- oder kultureller Tätigkeit erbringt, aber mit seinen Werken seinen Lebensunterhalt nicht verdienen kann, genießt den Schutz und die Fürsorge des Reiches". Bezüglich der Schulen beantragen sie die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule sowie für Unbemittelte auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten unentgeltlichen Unterricht, Lernmittelfreiheit und Lebensunterhalt, ferner Fortbildungsschulen mit unentgeltlichem Unterricht und Lernmittelfreiheit für alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum 18. Lebensjahr, obligatorischen Unterricht über die Verfassung und Prüfung darin auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, endlich Bereitstellung von Reichs- und Staatsmitteln für die Volksbildung.

Mitberichterstatter Meerfeld (Soz.): Wir sind für die Reichskompetenz in dem Verhältnis von Staat und Kirche im weitesten Umfange. Haltbar auf die Dauer ist nur, was mit der neuen Zeit geht. Die Unzufriedenheit im Volk würde erheblich steigen, wenn wir uns auf den Boden der Zentrumsanträge stellten. Für diese gilt das Wort von der freien Kirche im unfreien Staat. Das Zentrum will alle Freiheit für die Kirche vom Staat, aber alle Rechte der Kirche an dem Staat. Die Kirchengemeinschaften müssen mit uns nach den Wegen suchen, um dieses Verhältnis der neuen Zeit entsprechend umzugestalten. Die Trennung von Kirche und Staat ist keine Gesetzes- oder Rechtsverletzung. Die jüngsten Programmpunkte des Zentrums nach der Revolution lassen auch ein vorsichtiges Abwarten und Erwägen erkennen. Selbst Stöcker ist für die Trennung eingetreten und hat die freie Volkskirche verlangt. Die Trennung ist möglich, wenn auf beiden Seiten der Wille vorhanden ist. Entscheidend ist die Form, in der sich die Trennung vollzieht. Wir erkennen die Bedeutung der Religion an und sind keine Kulturkämpfer. Ganz unannehmbar ist für uns auch ein Teil der schulpolitischen Forderungen des Zentrums. Wir werden bestürmt mit Eingaben um Beseitigung aller Klassenunterschiede und um Vereinheitlichung auf dem Schulgebiete. Diesem Ziel schlagen die Zentrumsanträge ins Gesicht. Das Volk verlangt die Befreiung der Schule von der kirchlichen Aufsicht. Es verlangt die Verwirklichung seines sozialen Bildungsideals. Der Staat hat zudem heute ein anderes Gesicht bekommen. Der „christliche Staat" besteht nicht mehr. Schließlich wünschen wir eine neue Eidesformel und ihre Festlegung in der Verfassung. Wir wollen entgegenkommen, wenn das Zentrum ein größeres Maß von Entgegenkommen zeigt und auf einen großen Teil seiner Anträge verzichtet, andernfalls sehen wir keinen Ausweg mehr.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Im Anfang der Revolution ist in einer ganzen Reihe von Einzelstaaten unverantwortlich in das Kirchenwesen eingegriffen worden. Deshalb wollen wir eine Klarstellung in der Verfassung. Die wesentlichen Grundrechte der Religionsgesellschaften müssen in der Reichsverfassung festgelegt werden. Die Trennung von Staat und Kirche ist keine Parteifrage. Als Parteifrage müßte ich als Evangelischer sie ablehnen. Aber manche sind davon wie von einer Zauberformel beseelt. Es gibt keine absolute Trennung von Staat und Kirche. Beunruhigungen und Reibungen werden immer bleiben, schon weil es sich um dieselben Menschen handelt. Das Problem der Trennung läuft nur hinaus auf die Festlegung des gesetzlichen Mindestmaßes von an sich unvermeidlichen Berührungen. Ein Grundirrtum ergibt sich aus dem Operieren mit den Beispielen fremder Staaten. Auch in den Trennungsstaaten, wie Amerika, Belgien, einigen mittel- und südamerikanischen Staaten, Frankreich, Schweiz, Irland, Holland gibt es keine vollständige Trennung von Kirche und Staat. Die Unionsverfassung von 1787 enthält z. B. keine Formel für die Trennung. In der Union traten allerdings die Kirchen aus dem öffentlich-rechtlichen Rahmen völlig heraus und sind nur eine Korporation auf Grund des bürgerlichen Rechts. Aber doch spielt die Kirche in Amerika eine große Rolle im Privatrecht. Der amerikanische Richter z. B. entscheidet über die Lehre bei privatrechtlichen Streitigkeiten der Gemeinden. Er nimmt dabei auch Rücksicht auf das, was die Kirche als Irrlehre ansieht. Die Religion, nicht die Kirche ist in Amerika das öffentlichste Gut, das es geben kann. Der Schulunterricht hat einen religiösen Charakter auf Grund der Bibel. Alles dies ist allerdings nicht durch Gesetz gemacht, sondern geschichtlich geworden. Keine Macht in Amerika ist abhängig von der Religion, nur für das höchste Amt des Präsidenten darf kein Katholik gewählt werden. In Frankreich hat sich der Staat getrennt von der Religion, aber nicht von der Kirche. Er hat die Aufsicht über die Religionsübung und das ganze Kirchenwesen behalten. Die katholische Kirche hat passiven Widerstand geleistet und die Dinge sind noch immer nicht endgültig geordnet. In Frankreich galt die Trennung lediglich der katholischen Religion, in Deutschland dagegen haben wir es mit dem allerkompliziertesten paritätischen Staat zu tun. Die vermögensrechtlichen Staatsleistungen in Deutschland sind ganz andere als in Frankreich. Aus allen diesen Gründen können wir kirchenrechtliche Systeme nicht aus dem Ausland importieren. Durch den Wegfall der Monarchie ist nun für die evangelische Kirche der hauptsächlichste Zusammenhang von Staat und Kirche entfallen. Dazu kommen die interkonfessionellen Beziehungen. Wir haben bereits Trennungselemente, Gewissensfreiheit und Freiheit des innerkirchlichen Lebens vom Staate, aber die Ver-

bildung ist gegeben durch die Staatsaufsicht und den Staatsschutz. Hierin liegt die Eigenart des deutschen Trennungsproblems. Es handelt sich darum, vom Staatsschutz und der Staatsaufsicht losgelöst zu werden. In der **Gewissensfreiheit** komme ich den Sozialdemokraten weitest entgegen und bin auch für die Aufhebung des Eideszwanges. Aber in den Staatsleistungen kommt es auf die rechtlichen Titel an. Die privatrechtlichen Leistungen können nicht ohne Rechtsverletzung entzogen werden. Aber abgesehen von diesen beiden Momenten des Gewissenszwanges und der Vermögensrechte sehe ich kein Interesse des Staates an der Trennung von Staat und Kirche.

Abg. Dr. **Naumann**: Die Erklärung des Abgeordneten Meerfeld ist insofern durchaus befriedigend, als die Sozialdemokratie im Gegensatz zu manchen früheren Aeußerungen die Regelung der religiösen und kirchlichen Fragen im Sinne des Friedens und der Billigkeit wünscht. Die Sozialdemokratie will keine Privilegien der Religionsgemeinschaften gegenüber anderen Weltanschauungsvertretungen dulden. In meinem gestern von Ihnen freundlichst beerdigten Entwurf habe ich ähnlich gesagt: Glaubens- und Kirchenfreiheit und Denkfreiheit. Die Sozialdemokraten wollen nicht mehr öffentliche Mittel für die Kirche hergeben. Die Tendenz der Zentrumsanträge und die Anträge von Professor Kahl gehen auch dahin, daß, nachdem einmal Inventur gemacht und eine Ablösung erfolgt ist, der Staat keine Mittel für die Kirche zu geben nötig hat. Die „Trennung" ist nichts anderes als die Benennung des Vorgangs, den wir alle erleben: Eine weitere Lockerung der Beziehungen zwischen Staat und Staatsfinanzen einerseits und der Kirche andererseits. Alle Anträge, die vorliegen, bedeuten prinzipaliter eine Trennung, es fragt sich nur, in welchem Schritt und mit welchen Uebergangsformen. Das beiderseitige Verhältnis muß jetzt so klar wie möglich gestellt werden. Wir von unserm Standpunkte sehen in den Anträgen einen Weg zur Ablösung. Die evangelische Kirche ist bisher in Deutschland nie eigenen Rechtes gewesen, sie hat nie ihre eigene freie Kasse gehabt, sie hat beim Staat zu Miete gewohnt. Jetzt werden wir sie nicht einfach auf die Straße setzen wollen, ohne für ihren neuen Zustand mit besorgt zu sein. Auch der kleineren freikirchlichen Gruppen müssen wir in diesem Zusammenhang gedenken. Auch sie haben Lebensrecht und müssen zu eigenem Rechte gelangen können. Wichtiger aber noch ist der Zusammenschluß der evangelischen Kirchen im Ganzen, wozu wir hier die Vorbedingungen schaffen, indem wir eine alte Periode abschließen und Rechtsformen der Zukunft bauen.

Abg. Dr. **Mausbach** (Z.): Mit den Abgeordneten Kahl und Naumann glaube ich, daß mehr die Worte wie Trennung von Staat und Kirche oder Einheitsschule der Verständigung im Wege stehen. Die deutschen Bischöfe haben sich mit Recht vor allem gegen eine Trennung gewandt, wie man sie nach dem Beispiel von Frankreich und nach den Aeußerungen von Adolf Hoffmann erwarten konnte. Inzwischen hat sein Nachfolger in einer Rede den Ausdruck preisgegeben und von einer Neuordnung des Verhältnisses gesprochen. Auch unsere Anträge zeigen Entgegenkommen gegenüber den Bedürfnissen der Zeit. Das vom Abgeordneten Meerfeld befürchtete Ueberwuchern der Orden, wie es in Belgien stattgefunden hat, ist für Deutschland nicht zu befürchten. Wir achten durchaus das Prinzip der Freiheit und nehmen es auch für uns in Anspruch. Daneben bestehen aber auch historische Rechte, bestehen vertragliche Forderungen der Kirche an den Staat. Die sogenannten Vorrechte der Kirche werden aufgewogen durch ihre großen geschichtlichen Leistungen und ihre weitgreifende sittliche und soziale Arbeit. Nur bei verständnisvoller Würdigung solcher Tatsachen wird sich ein Weg finden lassen, die berechtigten Wünsche weitester christlicher Volksteile zu befriedigen.

Wirkl. Geh. Rat v. **Harnack**: Aus dieser Debatte entnehme ich die freudige Empfindung, daß in der Hauptsache alle einig sind. Es handelt sich um die Trennung von Staat und Kirche, soweit das möglich ist, ohne die Staatsbürger innerlich zu zerreißen. Die Sozialdemokraten haben jetzt ihren erfreulichen Wirklichkeitssinn auch auf das Gebiet der ideellen Kräfte ausgedehnt. Wir werden nicht um die Aufgabe herumkommen, sowohl in den Grundrechten in der Verfassung wie in der Landesgesetzgebung, insbesondere in einem grundsätzlichen Gesetz über das Verhältnis von Staat und Kirche bezw. über ihre Trennung Bestimmungen zu treffen. Es ist ganz mein Standpunkt, daß der Religionsunterricht unter Leitung der Religionsgesellschaften erteilt wird, aber es müßte hinzugefügt werden: unbeschadet des technischen und pädagogischen Aufsichtsrechtes des Staates. Wir brauchen für alles dies erst ein grundsätzliches Gesetz. Die Kirche hat große Leistungen für den Staat aufzuweisen. Es liegt eine große ideale Erziehungskraft in der Kirche, die jedem Menschen in der Jugend einen festen Halt gibt.

Abg. Dr. **Quarck** (Soz.): Wir haben in unseren Anträgen nur die Prinzipien festgelegt und alles ausgeschieden, was zur Ausführung gehört. Im Gegensatz zur Obrigkeitsordnung wollen wir den demokratischen Gedanken auch für das Verhältnis von Kirche und Staat zur Durchführung bringen, das heißt den der **Selbstbestimmung**. Wenn Sie aus der Revolution nicht den lauten Ruf nach Aenderungen auch in Kirche und Schule vernommen haben, dann verstehen Sie die neue Zeit nicht. Es ist durchaus nicht unsere Tendenz, uns sklavisch an die Muster anderer Staaten anzuschließen. Wir wollen aus dem alten Zwang heraus in die neue Freiheit. Wir sind durchaus für die Forderung des Zentrums, daß die Sonn- und Feiertage erhalten bleiben. Aber wir bestehen fest darauf, daß die Schule Staatssache ist. Ich persönlich möchte das Privatschulwesen möglichst beschränken, aber meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß das Privatschulwesen für pädagogische Versuche nicht zu entbehren ist. Sie vom Zentrum wollen aber ganz etwas anderes. Sie wollen das konfessionelle Schulwesen erhalten, das heißt die unseligen Kämpfe um die preußische Konfessionsschule heraufbeschwören. Für die Fortdauer anderer Staatsleistungen an die Kirche als solchen, die auf Gesetz beruhen, sind wir um keinen Preis zu haben. Für die geschlossenen Konvikte der katholischen Kirche ist kein Raum im Rahmen der Staatsschule. Gegen die Kulturleistungen der Kirche nehmen wir keinerlei feindliche Stellung ein.

Abg. Dr. **Düringer** (Deutsch-National): Unser Antrag unterscheidet sich von dem Zentrumsantrag nur dadurch, daß wir die Regelung grundsätzlich der Landesgesetzgebung vorbehalten wollen und daß wir das Prinzip zum Ausdruck bringen, daß die Religionsgesellschaften den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen sind. Der Ausdruck „Trennung von Staat und Kirche" ist unklar.

Abg. Dr. **Kaas** (Z.): Grundsätzlich sind wir vom Standpunkte des christlichen Staatsideals aus Gegner der Trennung und müssen es sein. Das braucht uns aber nicht zu hindern, praktisch mitzuarbeiten, um so zu einem Trennungstyp zu kommen, der einen zu weit gehenden Radikalismus vermeidet. Von einer „freudigen Mitarbeit", von der Dr. Harnack sprach, kann bei uns allerdings keine Rede sein. Die Möglichkeit der Gründung von Privatschulen ist ein im Interesse der religiösen Freiheit notwendiges Korrektiv. Die im Entwurf vorgesehene Forderung, „niemand darf zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden", läßt die Möglichkeit einer Auslegung zu, die zu einer Knebelung der kirchlichen Zucht führen könnte, vor allem aber zu einer fast vollständigen Lahmlegung der kirchlichen Disziplinargewalt, die jedenfalls weder von der Regierung noch den anderen Parteien beabsichtigt sein könne.

Bayerischer Gesandter Dr. v. **Preger** bemängelt vom einzelstaatlichen Standpunkt einzelne Forderungen des Zentrumsantrags, die über allgemeine Richtlinien hinausgehen und Einzelbestimmungen über Materien streifen, die nur durch die Landesgesetzgebung geregelt werden können. Die Reichsverfassung möge sich auf die Aufstellung von Grundsätzen beschränken und die Ausführung den Landesgesetzen überlassen.

Der Vorsitzende **Haußmann** bezeichnet diese Anregung für umso beachtenswerter, als auch für **Deutsch-Oesterreich** nach seinem Anschluß die Reichsverfassung gelten soll, während der Zustand der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Oesterreich uns nicht so bekannt ist, daß wir die Wirkungen weitgehender Beschlüsse und Einzelregelungen übersehen können.

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.) erläutert auf die Frage des Abg. Naumann den Begriff der öffentlich-rechtlichen Korporation vor allem dahin, daß eine solche ausgestattet sei mit einer obrigkeitsähnlichen Gewalt und daß sie den Schutz des Staates genieße, darum aber auch der Staatsaufsicht als Korrelat ihrer Rechte unterworfen sei.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) gibt der Ansicht Ausdruck, der Abg. Meerfeld schätze die Bedeutung der Trennung von Kirche und Staat vom Standpunkt der katholischen Kirche zu leicht ein. Im Syllabus Pius' IX sei die Trennung verworfen. Diesen Standpunkt habe die Kirche gleichmäßig festgehalten. Amerika habe die Trennung nicht in der Verfassung. Das französische Trennungsgesetz habe wegen der vermögensrechtlichen Wirkung einer Anzahl französischer Katholiken Anlaß gegeben, den Papst zu bestimmen, dem Gesetze seine Zustimmung zu geben.

Wirkl. Geh. Rat v. **Harnack** erwidert dem Abg. Kahl, in der Verfassung sollten nur die Dinge, die die allerwichtigsten für die Kirche seien, bestimmt werden.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Von dem Reichsminister Dr. **Preuß** ist dem Ausschuß eine Denkschrift über die verschiedenen Systeme der **Verhältniswahl** überreicht worden, auf Grund deren eine Verständigung über das im neuen Reichswahlgesetz zu wählende System herbeigeführt werden soll.

Bau von Eigenheimen.

■ **Heidelberg**, 29. März. Unter Beteiligung von 36 Gemeinden und zahlreichen Industriellen und Privaten wurde im Heidelberger Rathaussaal die **Siedelungsgesellschaft „Badische Pfalz"** gegründet. Die Stammanteile belaufen sich auf 1 078 500 Mark, von denen die Gemeinden 647 900 Mark und die gewerblichen Betriebe und Private 430 600 Mark gezeichnet haben. Die Gesellschaft wird sofort den Bau kleiner Eigenheime mit Wohnküche, drei Zimmern sowie Stallung und kleinem Garten in zahlreichen Gemeinden der badischen Pfalz in Angriff nehmen, um der **Wohnungsnot zu steuern.**

Deutsche Nationalversammlung.

Interfraktionelle Konferenzen.

WT Weimar, 1. April. (Priv.-Tel.) Im alten Reichstag bestand zwischen den Mehrheitsparteien die Einrichtung interfraktioneller Konferenzen, die ein **gemeinschaftliches Zusammenarbeiten** des Zentrums, der Sozialdemokraten und der damaligen Fortschrittlichen Volkspartei erleichtern sollten. In der Nationalversammlung hatte man zunächst von einem Wiederaufleben dieser interfraktionellen Besprechungen Abstand genommen in der Hoffnung, daß das Zusammenarbeiten dieser drei Mehrheitsparteien durch die Vertrauensleute in der Regierung gewährleistet werden würde. Im Laufe der letzten Wochen hat sich nun aber herausgestellt, daß auch innerhalb der drei Regierungsparteien ein **engeres Verhältnis** als bisher **notwendig** erscheint, und deshalb werden die interfraktionellen Konferenzen wieder eine **ständige Einrichtung** werden. Als ihr erstes Ergebnis ist auf Antrag der demokratischen Fraktion der Beschluß zu verzeichnen, die Regierung zu ersuchen, möglichst umgehend einen ständigen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu schaffen, der von der Regierung über alle Fragen der auswärtigen Politik und namentlich über **alle Friedensfragen** dauernd unterrichtet werden soll.

England.

Die Heeresfrage.

London, 31. März. (W. B.) Unterhaus. Die **Wehrpflichtbill** wurde in dritter Lesung mit 282 gegen 64 Stimmen **angenommen**. Gegen die Bill stimmten die Mitglieder der Arbeiterpartei und die unabhängigen Liberalen.

Amsterdam, 1. April. (W. B.) Einer Reutermeldung zufolge hielt **Churchill** im Unterhause, bevor die Militärdienstbill zur Abstimmung gelangte, eine ausführliche Rede über die **Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines starken Heeres** während der augenblicklichen Zeit. In Erwiderung auf Kritiken, daß die Kosten der englischen Okkupationsarmee zu hoch seien, sagte Churchill: Wenn man die von Deutschland für den Unterhalt der englischen Rheinarmee aufzubringenden 70 Millionen von der Gesamtsumme abzieht, belaufen sich die Kosten für den Unterhalt der Okkupationsarmee im Jahre 1919 noch auf ungefähr 133 Millionen Pfund Sterling. Auf die Kritik daß keine nationale Notwendigkeit für die Bill bestehe, erwiderte Churchill, daß, wenn England sich seiner militärischen Kräfte beraube, es nicht die Macht besitzen würde, auch nur den geringsten Einfluß auf den Gang der Ereignisse in ganz Europa auszuüben. Churchill erklärte weiter, wegen der beklagenswerten Schwierigkeiten zwischen **Italien** und den **Südslawen** müßten 10 000 britische Soldaten in den dortigen Gegenden stehen, um Unruhen zu verhindern. Die Bill sei notwendig, selbst wenn Rußland überhaupt nicht bestände.

Die Bergarbeiterbewegung.

t Haag, 1. April. (Priv.-Tel.) Die Vertreter der Konferenz der **Bergarbeiter** in **Südwales** beschlossen, den Arbeitern in Südwales anzuraten, sich **gegen** die Annahme der Vorschläge der Kohlen-Untersuchungskommission auszusprechen. Die Vertreter der Bergleute von **Yorkshire** beschlossen dagegen, die Annahme zu **empfehlen**.

Frankfurter Angelegenheiten.

Die Plünderungen.

Nach den hiesigen **Friedhöfen** wurden bis Dienstag nachmittag sieben Leichen der bei den Plünderungen erschossenen Personen verbracht. Von diesen konnten bei vier die Persönlichkeiten festgestellt werden. Unter den Toten befinden sich **drei Frauen**. Auf dem Sachsenhäuser Friedhof liegt die Leiche eines Mannes, die auf der Brust die eintätowierte Figur einer Italienerin trägt, die rechts und links von einem Seemannsgrab und einem Engel mit Posaunen flankiert wird. Der Mann ist 32 bis 35 Jahre alt. Der zweite unerkannte Tote ist etwa 38 Jahre alt; das vordere Glied des linken Zeigefingers fehlt. Der dritte noch nicht ermittelte Tote ist etwa 30 Jahre alt; auf dem Handrücken ist ein großer Stern eintätowiert.

Von den Montag abend in das Heiliggeist-Hospital verbrachten verwundeten Plünderern starben kurz nach der Einlieferung folgende fünf Personen: Kaufmann Bruno **Scheibe**, 32 Jahr, Kleine Rittergasse 14, Kellner Hubert **Houben**, 36 Jahr, Frohnhofstraße 7, Schmied Heinrich **Horst**, 19 Jahr, Schnurgasse 6, Dreher Willi **Fischer**, 23 Jahr, Leibnizstraße 36 und ein noch unbekannter 35 bis 40jähriger Mann. Die Zahl der Getöteten erhöht sich damit auf **sechzehn**. Verschiedene andere Personen sind so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden.

Die am Dienstag nachmittag angeordnete **Straßensperre auf sieben Uhr** abends war um diese Zeit noch nicht allgemein bekannt. In den Vorstadtstraßen herrschte Stille, aber an den Hauptverkehrspunkten der Innenstadt, namentlich an der Hauptwache und an der Konstablerwache, befanden sich nach 7 Uhr noch größere Menschenmengen, die zum Teil auf die Heimbeförderung durch die Straßenbahn warteten. Hilfsmannschaften und Marine-Sicherungsdienst, die in Trupps von etwa 50 Mann die Straßen durchzogen, begannen kurz nach der Sperrstunde mit der Räumung. Im allgemeinen fanden sie keinen Widerstand, wie überhaupt der Tag ziemlich ruhig verlaufen war. Ein Teil der Ansammlung an der Konstablerwache wurde in die Große Friedbergerstraße abgedrängt. Auf dem Platz **Schäfergasse-Altegasse** staute sich die Menge. Plötzlich fielen **Schüsse**, die, wie berichtet wird, aus dem Fenster eines Hauses abgegeben wurden. Die Polizeimannschaften gaben darauf Warnungsschüsse ab. Die Einwohner der benachbarten Häuser wurden aufgefordert, die Läden und Fenster zu schließen und die Lichter zu löschen. Auf Seiten der Polizei gab es drei Verwundete: ein Schutzmann erhielt einen Knöchelschuß, zwei Hilfspolizisten Beinschüsse. Allmählich leerte sich der Platz und es trat Ruhe ein. Die Vilbelerstraße und der Zugang zur Hammelsgasse, wo sich das Untersuchungsgefängnis befindet, waren durch eine starke Soldatenkette abgesperrt. Die Häuser jener Gegend wurden nach Waffen durchsucht, es wurden aber keine vorgefunden. Einige verdächtige Personen wurden festgenommen.

Der **Schaden**, der durch die Plünderungen angerichtet wurde, läßt sich vorerst nicht annähernd feststellen. Die Liste der beraubten Geschäfte ist größer, als die ersten Mitteilungen vermuten ließen. Jedenfalls sind Waren im Betrag von Millionen geraubt worden. Nach übereinstimmendem Urteil hat sich der **Marinesicherungsdienst** ausgezeichnet bewährt. Die Matrosen sind mit kühner Energie, nachdem man erkannt hatte, daß Zurückhaltung und Zurückweichen die schwersten Katastrophen heraufbeschwören würden, gegen die sich wie rasend geberdenden Plünderer vorgegangen und haben, von dem übrigen Polizeiorganen unterstützt, in wenigen Stunden der wüsten Zerstörung und Vernichtung Einhalt geboten. Die Sicherheitsorgane hatten einen schweren Stand. In der Erfüllung ihrer Pflicht sind vier oder fünf aus ihren Reihen tödlich getroffen worden. Ueber den tragischen Tod des Matrosen **Röthel** haben wir schon berichtet. Wir ergänzen diese Mitteilung durch den Bericht der „Volksstimme", der wie folgt lautet: „Das erste Opfer war ein Mann des Marinesicherungsdienstes, namens Röthel. Vier Matrosen, die am Nachmittag Ordnung schaffen wollten, wurden derart bedrängt, daß sie flüchten mußten. Röthel wurde jedoch festgehalten. Die Bestien schlugen und schossen auf den Bedauernswerten, **banden ihm darauf die Füße zusammen** und warfen ihn in den **Main**, wo sie noch den mit dem Tode Ringenden mit **Steinen bombardierten**. Ein Kamerad, der ihm nachschwimmen wollte, wurde mit dem Tode bedroht und an der Rettung verhindert. Röthel, der erst am Samstag eine Kriegswitwe mit einem Kind geheiratet hatte, ist bis jetzt noch nicht aufgefunden. Außerdem ist nachts der Matrose **Obergötmann** von einem Burschen ins Herz getroffen worden."

Jetzt darf man wohl sagen, daß die Sicherheitsorgane vollständig **Herr der Lage** in Frankfurt sind. Die Arbeiterorganisationen der Fabriken beschlossen, sich den Sicherheitsorganen zur Verfügung zu stellen, um weitere Unruhen zu verhüten.

Das **Polizeipräsidium** teilt in später Nachtstunde folgendes mit:

Die Situation ist um 11 Uhr abends so, daß nach allen vorliegenden Berichten **vollständige Ruhe** in der Stadt herrscht. Die gemischten Sicherheitspatrouillen setzen ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise fort. Am heutigen Tage sind außer der Plünderung eines Bäckerladens in der Stoltzestraße und kleineren Vorkommnissen in der Schnurgasse keine ernstlichen Vorfälle zu verzeichnen. Die Straßen waren schon in den frühen Morgenstunden bis in den späten Nachmittag hinein sehr lebhaft besucht, jedoch größtenteils von Neugierigen. Am **Petersplatz** wurde aus einem Hause mehrfach geschossen. Hierdurch wurden ein Wachtmeister und zwei Hilfspolizisten verletzt. Im Laufe des Tages wurden noch zahlreiche Verhaftungen von Personen vorgenommen, die in der vergangenen Nacht an Plünderungen beteiligt waren und bei denen auch verschiedene Gegenstände gefunden wurden. — Die Sicherheitsorgane finden leider bei Vornahme von Sistierungen bei einem Teil des Publikums wenig Unterstützung. Im Sicherheitspolizeilichen Interesse wird das Publikum dringend ersucht, die Sicherheitsorgane in ihrem schweren Dienst zu unterstützen. Die 7 Uhr-**Straßensperre** hat sich als dringend notwendig und zweckmäßig erwiesen. Die Bevölkerung handelt im eigenen Interesse, wenn sie die Straßensperrstunde einhält.

Stadtverordneten-Versammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erwähnte der Vorsitzende **Hopf** die Vorkommnisse des gestrigen Tages. Die politischen Parteien hätten mit den Vorgängen nichts zu tun. Man beschloß, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit einzelner Anträge trotz der Siebenuhr-Straßensperre zu tagen. Der Vorsitzende gedachte sodann der Verdienste des ausgeschiedenen Stadtrats Dr. Hengsberger. Nachdem die Besprechung der Verhältnisse in der städtischen Feuerwehr vertagt worden war, beantragte Stadtv. Dr. **Gehrke** (Dem.), die Zahl der Mitglieder der Hauptämter und Deputationen zu vermehren und auf Stellvertreter zu verzichten. Es wurde zugestimmt. Bürgermeister Dr. **Luppe** ergriff nun das Wort, um energisch Verwahrung gegen die Behauptung einzulegen, daß er Parteifreunde bei Stellenbesetzungen bevorzuge. Solche Anwürfe, die wiederholt von Stadtv. Zielowski erhoben worden seien, berührten ihn nicht. Nun wurde die Frage der Leitung der Fortbildungsschule für Mädchen wieder aufgerollt. In langen Ausführungen polemisierte Stadtv. **Zielowski** (Soz.) gegen Bürgermeister Dr. Luppe, Dr. Anna **Schultz** (Dem.) und Toni **Sender** (Unabh.) wünschten die Besetzung durch eine weibliche Kraft. Stadtv. **Bechstedt** (Dem.) wies die Angriffe Zielowskis gegen den provisorischen Leiter der Schule, der nur angegriffen würde, weil er kein Sozialdemokrat sei, entschieden zurück. Stadtv. Stadtsekretär **Gerwien** (Soz.) erklärte, daß in Frankfurt die demokratischen Lehrer und Beamten immer bevorzugt worden seien. Stadtv. **Korff** (Dem.) erwiderte, daß Gerwiens Behauptung völlig unwahr sei. Bürgermeister Dr. **Luppe** legte Verwahrung dagegen ein, daß der Magistrat Anstellungen vom politischen Gesichtspunkt aus vornehme.

Eine dringliche Anfrage des Stadtv. **Lang** (Unabh.) und Gen. lautet: Ist der Magistrat bereit und in der Lage, Aufschluß zu geben über die Vorgänge, die sich gestern in Frankfurt abgespielt haben. Stadtv. **Zielowski** (Soz.) und Gen. beantragten: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Zur Durchführung einer gerechten Verteilung der Lebensmittel sind sofort folgende Maßnahmen zu veranlassen: 1. **Schließung der Konfitüren- und Zuckerwarengeschäfte**, Beschlagnahme und Feststellung der Zuckervorräte; 2. **Verbot** der Herstellung von **feinem Gebäck** und Kuchen in Bäckereien, Konditoreien, Hotels und Kaffees, eventuell Herstellung eines Einheitsgebäcks für diese Geschäfte; 3. Aufhebung des wilden Straßenhandels mit Lebensmitteln; 4. Mitwirkung von **Arbeiterkontrolleuren** bei Erfassung und Verteilung der Lebensmittel, Organisierung der Haussuchungen in Frankfurt; 5. Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Verteilung und Festsetzung der Preise der vom Ausland zur Verfügung gestellten Lebensmittel.

Stadtv. **Brennecke** (Soz.) empfahl den Antrag Zielowski, den er eingehend begründete. Es müsse endlich einmal scharf zugegriffen werden. Wer dabei um seinen Erwerb komme, der könne sich ja an die städtische Erwerbslosenfürsorge wenden. Die Kartoffelversorgung müsse vor allem sichergestellt werden. Der Redner sprach dann von dem **Hamsterlager des Oberbürgermeisters**. Der höchste Beamte der Stadt dürfe nicht Lebensmittel aufstapeln. Eine Kommission soll die Angelegenheit untersuchen. Stadtv. **Dißmann** (Unabh.) begründete den Antrag Lang. Er kritisierte zunächst die Art, wie vom Lebensmittelamt die Verkürzung der Kartoffelration angekündigt worden ist, und verwies bezüglich der bei dem Oberbürgermeister beschlagnahmten Lebensmittel auf die Beschlüsse des Arbeiterrats. Was die Plünderungen betreffe, so möge die besitzende Klasse daran denken, daß sie die Verhältnisse geschaffen habe. Hinter der Menge steckten Führer, die ein Interesse an der

Vernichtung der Gerichtsakten

hatten. So sei es auch in Hanau gewesen, wo die Akten des Mehlschieberprozesses verbrannt wurden. Jungen mit Gymnasialkappen hätten im Gerichtsgebäude ihr Wesen getrieben. Die Sicherheitsmannschaften hätten ihre volle Pflicht getan. Mit der Revolution, die nötigenfalls mit der Waffe in der Hand verteidigt werden müsse, hatten die gestrigen Vorgänge nichts zu tun.

Stadtv. **Heil** (Zentrum) hat eine dringende Anfrage wegen des freien Eierhandels gestellt.

Oberbürgermeister **Voigt** erklärte sich damit einverstanden, daß eine Kommission seine persönliche Angelegenheit untersucht. Seine Lebensmittel und die einer anderen im Haus wohnenden Familie seien bis auf den letzten Rest weggenommen worden. Er erörterte dann die heute auf Veranlassung des Oberpräsidenten stattgefundene Besprechung über Lebensmittel-, hauptsächlich **Kartoffelbeschaffung**, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald Kartoffeln hereinkommen. Nötigenfalls sollten sie aus dem Ausland eingeführt werden. Frankfurt müsse sofort von den Lebensmitteln, welche die Entente liefere, erhalten. Das Lebensmittelamt habe nie an die Konfitürengeschäfte Zucker geliefert. Bezüglich der polizeilichen Sicherheit sei der Magistrat schon lange in Sorge gewesen. Dr. Sinzheimer habe, um Erregungen zu vermeiden, sich zur Säuberung des Börneplatzes nicht entschließen können. Nun werde das geschehen müssen; der Straßenlebensmittelhandel müsse auch beseitigt werden, auch der andere Straßenhandel wirke volkswirtschaftlich schädlich. Jedenfalls stehe fest, daß die gestrigen Vorgänge **nichtpolitischer Art** waren. In Zukunft müssen schneller Polizeimannschaften herbeigeschafft werden. An eine Verminderung der Zahl der Mannschaften sei nicht zu denken, obgleich die Regierung in Berlin die hohe Zahl beanstandet habe. Die

Tumultschäden

werden **nicht von der Stadt** getragen. Aber die Schäden können nicht von den Geschädigten getragen werden. In einem Antrag ist das Reich ersucht worden, für die Schäden aufzukommen. Unter allen Umständen wird sich die Stadt der Angehörigen der getöteten Sicherheitsbeamten annehmen.

Direktor Dr. **Schmude** gab eine Uebersicht über den Stand der Lebensmittelversorgung. Die Ration reiche nicht aus, den Menschen zu ernähren. Das Bedenklichste ist aber, daß nicht einmal **diese** Ration aufrechterhalten werden könne. Die Reichsregierung habe in der Ernährungsfrage ein glattes va banque-Spiel getrieben. Eine Herabsetzung sei nur aus Furcht vor Tumulten nicht erfolgt. Die süddeutschen Bundesbrüder streiken einfach, haben ihre Viehlieferungen eingestellt und wir sind nur auf den Regierungsbezirk Kassel angewiesen. Ob die 200 Gramm Fleisch aufrechterhalten werden können, sei zweifelhaft. Die Einführung des freien Eierhandels sei ein Wahnwitz. Nur reiche Leute könnten sich dann noch Eier kaufen. Man wolle vielleicht der Bevölkerung beweisen, daß der Ruf nach dem freien Handel sinnlos sei. Hessen bleibe bei der Bewirtschaftung. Unsere Lebensmittelversorgung sei geradezu eine katastrophale. Gegen die Zuckerwarengeschäfte einzuschreiten, fehle dem Lebensmittelamt jede Handhabe. Die Zuckerdiebstähle hätten in letzter Zeit außerordentlich zugenommen. Die Reichsregierung müsse Importe hereinlassen, allerdings nicht ganz wahllos. Der Kommunalverband müsse die Verteilung in der Hand behalten. Der Frankfurter Lebensmittelgroßhandel habe sich zu einem Konsortium zum Zweck der Einführung von Lebensmitteln zusammengeschlossen.

Die Anträge **Zielowski werden angenommen**.

= **Arbeiterrat.** Aus der Sitzung des Arbeiterrats, über die schon im ersten Morgenblatt berichtet wurde, ist noch hervorzuheben, daß die vor acht Tagen eingebrachte **Resolution Meier**, welche Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung der Bürger und Auflösung der Regierungstruppen fordert, auf Antrag Brennecke von der Tagesordnung abgesetzt wurde. **Brennecke** führte aus, daß man es nicht verantworten könne, Leute, die man nicht kenne, mit Waffen zu versorgen. Das habe der gestrige Tag deutlich gezeigt. Im Anschluß an das Referat über Frankfurts Lebensmittel gab es eine längere Debatte. **Möller** trat dafür ein, daß sich die Arbeiter in den Fabriken möglich schnell einheitlich organisieren sollen, um bei Exzessen sofort eingreifen zu können. **Fischer** vom Bäckerverband sagte, daß das beste Mehl zu Kuchen und Brötchen verarbeitet und das Brot immer schlechter werde. Ein Antrag **Dißmann** wurde angenommen, wonach der Arbeiterrat die Regierung ersucht, daß die Lebensmittel der Entente zu den gegenwärtig festgesetzten Höchstpreisen verkauft werden müssen. Differenzen zwischen Höchst- und Bezugspreis sind von der Reichskasse zu übernehmen. Ferner wurde eine Kommission von 20 Mitgliedern gewählt, die zusammen mit der Hilfspolizei sofort die **Konfitüren im Auftrage des Arbeiterrats beschlagnahmen** soll. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Beschwerde gegen **Frau Ennenbach**, die auf Wunsch der Arbeitslosenkommission von ihrem Amt vorläufig suspendiert worden ist. Der Arbeiterrat hat die Beschwerden geprüft. Die Exekutive stellte den Antrag, daß Frau Ennenbach wieder ihren Posten übernehmen soll, da die Beschwerden so geringer Natur seien, daß sie bei der langen Amtszeit von Frau Ennenbach nicht in Betracht kämen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen einiger Mitglieder der Arbeitslosenkommission angenommen.

= **Kommunistische Versammlung.** Während für die übrige Bevölkerung Frankfurts der Verkehr auf der Straße nach 7 Uhr abends verboten war, durfte die Kommunistische Partei (Spartakusbund) gestern abend im Kaufmännischen Verein eine öffentliche Versammlung abhalten, in der jeder Besucher gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pfennigen einen **Ausweis des Polizeipräsidiums** für **freie Passage** während der Nacht auf den Frankfurter Straßen erhielt. Die als Rednerin angekündigte Frau **Klara Zetkin** hielt mit heiserer Stimme eine aufreizende Rede gegen die Bourgeoisie und die beiden anderen sozialdemokratischen Parteien. Die Geschichte werde noch härter über die Ebert, Scheidemann und Noske urteilen als über die Henker der Pariser Kommune, denn diese wären wenigstens Fleisch vom Fleisch der Bourgeoisie, jene aber sind aus Arbeiterblut hervorgegangen". Im Arbeiterblut aber würden sie noch ersticken. Jetzt gelte es, ganze Arbeit zu machen, den Kapitalismus in die Grube zu stoßen und den Sozialismus aufzubauen. Möge man ein Ende mit der wirtschaftlichen Knechtschaft machen. Alle Macht den Räten, um die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben! Die Diktatur des Proletariats vertrete die große Mehrheit der Bevölkerung gegenüber einer verschwindenden Minderheit. „Sammelt Euch zum Kampf gegen die verräterischen Mehrheitssozialisten, folgt nicht den schwankenden Gestalten der unabhängigen Sozialdemokratie, folgt den mit ganzem Herzen für Euch eintretenden Kommunisten! Kühnheit und nochmals Kühnheit, das soll unsere Losung sein." Als zweiter Redner sprach **Werner** (Leipzig) über die gegenwärtige Weltrevolution, in der der russische Bolschewismus siegreich geblieben sei. Die deutsche Arbeiterschaft habe sich durch den Kampf gegen ihn mit Schmach bedeckt, die sie nur dadurch abwaschen könne, daß sie nun in der deutschen Revolution zum Schrittmacher der Weltrevolution werde. In der Aussprache warb ein in der russischen Gefangenschaft zum Bolschewisten gewordener Herr **Bartschinski** für den Bolschewismus, den er als die Verwirklichung der Ideen bezeichnete, für die der Nazarener gestorben sei. Ein anderer Redner, **Reinhert**, **mißbilligte** es, daß die kommunistische Partei den Aufruf **zur Bewahrung der Ruhe und Ordnung** mit **unterschrieben** habe und forderte zum Generalstreik auf. Daraufhin teilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß nicht die Kommunistische Partei, sondern nur **ein** Mitglied den Aufruf unterschrieben habe, was die **Parteileitung mißbillige**. (Rufe: Namen nennen! Raus mit ihm!) Darauf teilte der Vorsitzende mit, daß es Herr **Wittmann** gewesen sei.

= **Vom Tage.** Die von der **demokratischen Partei** für diese Woche angesagten Versammlungen und Veranstaltungen fallen aus. — Die zwei **Frankfurter Pferderenntage** wurden auf den 24 und 26. August festgesetzt. — Der Betrag für die Karten, die zu den gestern ausgefallenen Vorstellungen im **Opernhaus und Schauspielhaus** gelöst wurden, wird heute, Mittwoch, an den Theaterkassen von 10 bis 1 Uhr zurückgezahlt. — Die heutige Tanzvorführung von Nidda **Impekoven** im Kaufmännischen Verein beginnt um 4 Uhr und endigt um 5¾ Uhr. An Stelle des erkrankten Frl. Hock hat Frau Ernst die Sopranpartie übernommen. — Am Freitag und Samstag wird auf die Empfangsmarke 1 der Eierkarte E in den Stellen 251 bis 432 auf den Anteil **ein Ei** zu 60 Pf. ausgegeben. — Heute kommen **holländische Seefische** in den Protkommissionsbezirken 7, 12, 21, 30 und 31 zum Verkauf. Flußfische in den Bezirken 1 und 18, deutsche Seefische im Bezirk 40 Rödelheim.

Sport.

Gegen den Unionklub.

N Berlin, 1. April. In Berlin findet morgen eine **Delegiertenversammlung der deutschen Rennvereine** statt, die über die zukünftige Leitung des deutschen Rennsports entscheiden soll. Gegen den Unionklub, der seit vielen Jahren an der Spitze des deutschen Rennsports steht, hat sich eine außerordentlich starke Opposition entwickelt, die sich vor allem gegen die Exklusivität des Unionklubs wendet. Insbesondere wird der Leitung des Unionklubs der Vorwurf gemacht, daß er Berlin zum Schaden der Vereine in der Provinz stark bevorzugt. Diese und andere Beschwerden führten zu der Forderung nach einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Obersten Rennleitung, der sich der Unionklub auf die Dauer nicht widersetzen konnte. Er hat der Delegiertenversammlung die Wahl einer Kommission von 14 Mitgliedern unterbreitet, die aus einem Staatskommissar, drei Mitgliedern des Unionklubs, einem Mitglied des Vereins für Hindernisrennen, je vier Vertretern der deutschen Rennvereine und der deutschen Rennstallbesitzer und drei Vollblutzüchtern bestehen soll. Die Opposition will dagegen einen Ausschuß von 25 Mitgliedern gewählt wissen, aus dem sich die verschiedenen leitenden Organe bilden sollen. Der Verwaltung liegt ferner ein Antrag des Herrn **v. Weinberg** vor, der für den Rennsport eine Rennkommission von 14 und eine Zuchtkommission von 9 Mitgliedern verlangt. Auch gegen Herrn **v. Oertzen**, der jahrzehntelang fast als Diktator den deutschen Rennsport geleitet hat, richtet sich die Opposition. Man befürchtet, daß ihm auch im neuen Rennausschuß der Vorsitz und damit die dominierende Stelle zufallen wird.

Frankfurter Handelsblatt.

Wiedergabe und drahtliche Verbreitung der Artikel mit * und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Ztg." gestattet.

* Der Jahresbericht der Reichsbank.

Der Bericht für 1918 macht zu den mitgeteilten Abschlußergebnissen für 1918 wieder sehr bemerkenswerte Ausführungen über die Entwicklung des **Wirtschaftslebens** und des **Geldmarkts**, die wir im politischen Teil (Erstes Morgenblatt vom Dienstag) abgedruckt haben. Ferner bespricht er die Maßnahmen zur Ausgestaltung des bargeldlosen Verkehrs, die Ergebnisse der im Berichtsjahr herausgebrachten Kriegsanleihen und der Regelung des **Zwangsverkehrs** Deutschlands mit dem **Ausland**, die Maßnahmen gegen die Kapitalsabwanderung in das Ausland, sowie die Tätigkeit der Reichsbank bei Genehmigung von Anträgen auf Neugründungen oder Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften usw.

Die Entwicklung der gesamten **Kapitalanlage** wurde wieder fast ausschließlich durch die Veränderungen bestimmt, die in den Beständen der **bankmäßigen Deckung**, d. h. der Wechsel, Schecks und diskontierten, innerhalb dreier Monate fälligen Schatzanweisungen des Reiches eintraten. Die höchste Anlage dieser betrug *M* 27 415.71 Mill. am 31. Dezember, die niedrigste *M* 12 [illegible] Mill. am 23. Februar und die durchschnittliche *M* 16 519.79 (13 [illegible]) Mill. Der Umstand, daß der Bestand an Wechseln und diskontierten Wertpapieren im letzten Vierteljahr andauernd wesentlich über den Vorjahrsbetrag hinausging, bewirkte, daß der Betrag der **vorgetragenen Zinsen**, der in den letzten Jahren sich andauernd stark nach oben bewegte, weiter von *M* 106.19 auf 230.55 Mill. anwuchs. Der Betrag der wirklich **unbezahlt gebliebenen Wechsel** einschließlich Lombardforderungen beschränkte sich auf *M* 91 491 (*M* 99 763), wozu an Rückständen aus dem Vorjahr *M* 11.5 (12.31) Mill. traten. Abbezahlt wurden *M* 0.89 (0.61) Mill., und zu *M* 81 756 (*M* 29 603) waren abzuschreiben, wonach der Restbestand *M* 10.90 (11.78) Mill. betrug. Von der Reserve für zweifelhafte Forderungen blieben danach *M* 62.17 Mill., neben der jetzt *M* 365 Mill. ausmachenden Reserve für Kriegsverluste. Im **Lombard**, der im Krieg stark an Bedeutung eingebüßt hat, betrug die durchschnittliche Anlage *M* 7.44 (9.76) Mill. Der **Notenumlauf** zeigt im Jahresdurchschnitt eine weitere Erhöhung von *M* 5616 auf 13 681 Mill. mit einem Höchstumlauf von *M* 22 188 (11 468) Mill. bei Jahresschluß und einem niedrigsten Umlaufstande von *M* 10 919 (*M* 7631) wieder am 23. Januar. Es waren im Umlauf:

in Millionen *M*	Reichsbanknoten	Darlehnskassenscheine	zusammen	Zunahme der einzelnen Quartale 1918
31. Dezember 1917	11 467.7	6 264.5	17 732.2	
31. März 1918	11 677.8	6 293.5	18 971.3	1. Quart. + 1239.1 (i. V. + 113.8)
30. Juni 1918	12 481.4	7 582.2	20 024.6	2. " + 1123.3 + [illegible]
30. Septbr. 1918	15 324.4	8 744.0	24 068.4	3. " + 3987.8 + [illegible]
31. Dezember 1918	22 187.8	10 242.2	32 430.0	4. " + 8323.6 + [illegible]

Entwicklung des Umlaufs an Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen während der drei auf die Quartalsschlüsse des Jahres 1918 folgenden Wochen.

	in Mill. *M*
vom 1. bis 23. April 1918	— 695.5 (—567.3)
" 1. " 23. Juli 1918	— 229.7 (— 41.9)
" 1. " 23. Oktober 1918	+ 1299.0 (— 15.8)
" 1. " 23. Januar 1919......	+ 1090.5 (—713.1)

Vergleicht man die Entwicklung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 23. April 1918 mit der Entwicklung vom 1. Juli bis zum 23. Oktober 1918 und mit der vom 1. Oktober 1918 bis zum 23. Januar 1919, so zeigt sich, daß die Reichsbank während der letztgenannten beiden Fristen an **Zahlungsmitteln** rund das Zehnfache und das Siebzehnfache der Summe des erstgenannten Zeitraums zur Verfügung gestellt hat.

Der **Metallbestand** ist durchschnittlich um *M* 45.92 Mill. auf *M* 2 87.58 Mill. zurückgegangen (i. V. *M* 26.51 Mill. Zunahme). Der Goldvorrat allein betrug durchschnittlich *M* 2 [illegible] (2 [illegible]) Mill. Eingegangen sind von dem auf Grund des deutsch-russischen Abkommens an das Deutsche Reich abgeführten Golde *M* 322.48 Mill.; der Betrag wurde dann später wieder zurückgeliefert. Ferner wurden angekauft *M* 107.48 (45.93) Mill. und ausgeprägt oder verkauft *M* [illegible] (71.83) Mill., sodaß sich bei Jahresschluß der Bestand auf *M* [illegible] Mill. im Werte von *M* 423.61 Mill. belief. Es ergab sich somit der schon erwähnte Verlust von *M* 3.52 Mill. Zum Teil in Zusammenhang mit der Zahlungsmittelnot ist der Bestand an **Scheidemünzen** weiter von *M* 161.4 auf *M* 19.9 Mill. zusammengeschrumpft. Der Bestand der Reichsbank an **Darlehnskassenscheinen** erhöhte sich von *M* 1201.5 Mill. (Ende 1917) fast ununterbrochen bis auf *M* 5233.3 Mill. (Ende 1918), d. h. um *M* 8928.8 Mill. Zugeführt wurden der Reichsbank von den Darlehnskassen allerdings weit höhere Beträge, da die Summe der ausgeliehenen Darlehen bei den Darlehnskassen sich von *M* 7689.5 auf *M* 15 623.1 Mill., mithin um *M* 7933.4 Mill. steigerte. Der Bestand in **Reichskassenscheinen** war andauernd geringfügig. Bei Jahresschluß besaß die Reichsbank noch *M* 3.6 (13.3) Mill. Die umlaufenden Noten waren im Berichtsjahr durch den Barvorrat durchschnittlich mit 31 (35) pCt. gedeckt. Die **Deckung** hielt sich also stets über dem gesetzlichen Erfordernis von 33⅓ pCt. Die **Golddeckung** der Noten verschlechterte sich aber weiter auf 10.2 pCt. gegen 21 pCt. Ende 1917 und 31.3 pCt. Ende 1916.

Durch die Fortdauer des gewaltigen Zahlungsverkehrs der Reichsverwaltung im Interesse der Kriegsführung und Kriegsfinanzierung

wohl die mit der Demobilisierung des Heeres und der Umstellung der gesamten deutschen Volkswirtschaft auf den Friedenszustand im Zusammenhang stehenden Geldbewegungen kommen, steigerten sich wieder die Gesamtumsätze im Giroverkehr der Reichsbank in einem in dieser Höhe vorher nie erlebten Umfange. Sie hatten in Einnahme und Ausgabe im letzten Friedensjahre 1913 ℳ 379 Milliarden betragen und sind mittlerweile in 1918 bis auf ℳ 2676.1 Milliarden gestiegen. Die Gesamtsumme des Jahres 1917 (ℳ 1685.3 Milliarden) wurde 1918 bereits im neunten Monat weit überschritten. Gleichzeitig stiegen die fremden Gelder weiter von ℳ 8050.4 auf 13 280.4 Mill. Die Zahl der Kontoinhaber erhöhte sich weiter von 31 821 auf 31 222, davon 1836 (1751) bei der Reichshauptbank. Vereinnahmt wurden auf Girokonto insgesamt ℳ 1 339 181 (843 696) Mill., darunter ℳ 552 001 (441 054) Mill. für Reichs- und Staatskassen. Dabei konnten die Angaben für Metz, Mülhausen und Straßburg infolge der Postsperre nur unvollständig gemacht werden. Verausgabt wurden insgesamt ℳ 1 335 937 (811 585) Mill., darunter ℳ 580 476 (413 517) Mill. für Reichs- und Staatskassen. Zuzüglich der Zahlungen für Nichtkontoinhaber wurden von der Reichsbank zwischen verschiedenen Plätzen durch bloße Verbuchungen ℳ 231 522 (181 695) Mill. vermittelt. Das ist zwar eine weitere erhebliche Steigerung; es zeigt sich aber, daß der bargeldlose Zahlungsausgleich in Deutschland noch weiter sehr ausbaufähig und anzustreben ist. Die Giroguthaben waren im Durchschnitt weiter von ℳ 2968.13 auf 3822.16 Mill. erhöht. Dabei sind die vereinnahmten Beträge durchschnittlich 1.87 (1.91) Tage auf den Konten belassen worden. Die Reichs- und Staatskassen hatten im Durchschnitt ℳ 1871.83 (1761.38) Mill. Guthaben stehen. Die Zahl der Abrechnungsstellen betrug 31 (28), der Teilnehmer 318 (313). Die bei der Scheckaustauschstelle (Teilnehmerzahl 18 gegen Vorj. 17) zum Austausch eingelieferten Schecks betrugen ℳ 181.69 (168.91) Mill. mit insgesamt 215 093 (211 452) Stücken und einer durchschnittlichen Größe von ℳ 859 (721).

Von dem Gesamtumsatz von ℳ 3343 (2030) Milliarden entfielen ℳ 2475 (1405) Milliarden auf die Reichshauptbank. Die Zahl der während des Krieges vorübergehend aufgehobenen Nebenstellen, die sich bis zum 25. November 1918 auf nicht weniger als 59 erhöht hatte, verminderte sich bis Jahresschluß auf 55, bis 15. März 1919 auf 46. Danach hatte die Reichsbank neben der Hauptbank in Berlin in Betrieb: 20 (wie i. V.) Hauptstellen, 78 (wie i. V.) Bankstellen, 372 (373) Nebenstellen mit und 7 (wie i. V.) ohne Kasseneinrichtung und 8 (wie i. V.) Warendepots.

* **Luftschiffahrts-Versicherung.** Die englischen Gesellschaften Eagle, Star und British Dominions and Excess Co. haben laut „Peitenlandsche Post" gemeinsam mit etwa 250 Versicherern von Lloyds eine Aviation Insurance Co. gebildet, die die Versicherung gegen alle Gefahren der Luftfahrt übernimmt. Die Tarife sollen demnächst veröffentlicht werden.

Porzellanfabrik Waldsassen Bareuther & Co. A.-G. Waldsassen. Nach ℳ 61 796 (i. V. 61 166) Abschreibungen verbleiben einschl. ℳ 62 371 (ℳ 46 850) Vortrag ℳ 238 525 (ℳ 214 251) Reingewinn, aus dem, wie gemeldet, wieder 12 pCt. Dividende auf ℳ 1.30 Mill. Aktienkapital verteilt und ℳ 63 109 vorgetragen werden. Fürs neue Geschäftsjahr seien zwar Aufträge vorhanden, doch beeinflussen die in den letzten Monaten fast ganz ausgebliebenen Kohlenlieferungen und die Einführung des Achtstundentages das Ergebnis ungünstig. (G.-V. 7. April.)

* Von den deutschen Börsen.

Frankfurter Abendbörse vom 1. April.

Die Geschäftstätigkeit hielt sich in engen Grenzen. Von Industriepapieren stellten sich Chem. Werke Albert 5, Elektr. Deutsch-Uebersee 4 pCt. höher. In reger Nachfrage waren Schantungbahn (+ 1 pCt.). Sonst waren Schiffahrtsaktien fest. Im freien Verkehr wurden besonders Hamburg-Südamerika und Hansa Dampfschiff. lebhaft gefragt. Canada Pacific behauptet, Otavi-Minen Genußscheine fest. Niedriger stellten sich Frankfurter Hof 2½ pCt. Es notierten: Lombarden 18¼, Schantung-EB. 138½, Nordd. Lloyd 92, Deutsche Bank 219½, Bank f. elektr. Untern. Zürich 197½, Oberschl. Eisenb.-Bedarf 133, Spiegel und Spiegelglas 234, Frankfurter Hof 103, Chem. Werke Albert 225, Zellstoff Waldhof 207½, Maschf. Faber u. Schleicher 110.75, Deutsch-Uebersee 180.

r **Berlin,** 1. April. An der Börse waren weiterhin auch Deutsche Petroleum und Erdöl genannt. Am Montanmarkt waren lediglich Deutsch-Luxemburger niedriger. Sonst waren vorwiegend Kursbesserungen zu verzeichnen, vor allem für oberschlesische Werte. Am Schiffahrtsmarkt waren Hansa vorübergehend vernachlässigt. Anscheinend fanden Tauschgeschäfte gegen Nebenwerte wie Hamburg-Süd und Kosmos statt, später waren aber auch Hansa erholt. Der Kalimarkt war durchweg fest. Deutsche Kali 4 pCt. höher, auch Heldburg, Krügershall, Orenberg, Aschersleben (+ 4) höher genannt, dagegen Kuxe geschäftslos. Man rechnet für die übermorgen stattfindende Versammlung mit Preiserhöhungen. Kriegsanleihen waren zunächst gedrückt, später aber auf dem gestrigen Niveau erholt. Sonstige heimische Anleihen waren gut behauptet. Ungarische Werte waren 3 bis 4 pCt. niedriger, obwohl die ungarische Regierung über die Verhandlung der ausländischen Besitzer ungarischer Werte erst noch mit den fremden Regierungen verhandeln müsse. Portugiesische Spezialtitres waren lebhaft gefragt. Südbahn-Prioritäten schwächer, 3proz. alte 39 (gestern 42), 5proz. 78½ (gestern ca. 80½) 4proz. nicht gehandelt, da Nachfrage fehlte. Der Einheitsmarkt war nicht einheitlich. Fest lagen die Aktien von Kabelgesellschaften, südamerikanische Telegraphen (+ 4). Ferner waren höher Oberkoks (+ 5), Adler & Oppenheimer, Gladbacher Textil schwächer. Reichsbankanteile nach der gestrigen Steigerung heute 2 pCt. schwächer. Deutsch-Uebersee Elektrizität abermals höher Rheinische Möbel (+ 6), Oldenburger Eisen (+ 10), Greppiner Werke (+ 5), Auer (+ 4), John (+ 3), Gladbacher Wolle abermals gesucht (+ 10), Kühlmann Zucker niedriger. Ferner Erdmannsdorfer 4 pCt. Aachen-Mastrichter Genußscheine lebhaft und ℳ 50 gebessert. Dürener Metall (+ 5), Deutsch-Asiatische Bank weiter höher 136, Hannoversche Bank (— 3), Donnersmarckhütte (— 4), Porge (— 4).

Tägliches Geld sehr leicht zu 4¾ erhältlich. Am Devisenmarkt wurden die Kurse weiter erhöht, Holland um ℳ 5, nordische Valuta um ℳ 2, Schweiz und Helsingfors um ℳ 1. Wien wurde abermals um 50 Pfg. herabgesetzt. Aus dem neutralen Ausland kommt die Mark unverändert.

* Scharfer Gewinnrückgang beim Stahltrust.

Das Gewinnergebnis des Stahltrusts erfährt im abgelaufenen Jahre einen scharfen Rückgang, der eine wesentliche Dividendenkürzung von 18 auf 14 pCt. zur Folge hat, nachdem im Vorjahr eine scharfe Erhöhung um 9¼ pCt. eintreten konnte. Die Umsätze erreichten eine Höhe von Doll. 1 744 312 000 gegen Doll. 1 683 963 000 i. V., Doll. 1 231 472 000 im Jahre 1916 und Dollars 726 081 000 in 1915. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf Doll. 268 281 000 gegen Doll. 304 161 000 i. V., Doll. 312 979 000 in 1916 und Doll. 140 250 000 in 1915. Die Reineinnahmen stellten sich auf Doll. 158 672 000 gegen Doll. 241 739 000 i. V., Doll. 231 027 000 in 1916 und Doll. 97 968 000 in 1915. Der Ueberschuß betrug 1918 Doll. 28 935 000 gegenüber Doll. 107 510 000 i. V., Doll. 201 606 000 in 1916 und Doll. 41 260 000 in 1915. Das gesamte unverteilte Surplus beträgt Doll. 441 888 000. Auf die Vorzugsaktien wurden bisher Doll. 25 220 000 zur Ausschüttung gebracht. Die Summe für die Auszahlung der Dividenden auf die Stammaktien betrug Doll. 71 175 000 gegen Doll. 91 491 500 i. V., Doll. 41 476 000 im Jahre 1916 und Doll. 6 351 000 im Jahre 1915.

Die nachstehende Tabelle läßt erkennen, daß neben der starken Kürzung der Dividende auch der Gewinnvortrag eine Ermäßigung um nicht weniger als Doll. 78.67 Mill. erfährt.

in Mill. Dollars	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Preferred Shares	360.28	360.28	360.28	360.28	360.28	360.28
Common	508.30	508.30	508.30	508.36	508.31	508.36
Gesamt-Einnahmen	796.89	558.42	726.61	1231.47	1683.94	1744.31
Ueberschuß	147.17	81.35	140.25	342.98	304.16	268.28
Neu-Konstruktionen	15.—	—	—	—	—	—
Dividenden:						
Vorzugsaktien 7 pCt.	25.22	25.22	25.22	25.22	25.22	25.22
Stammaktien in pCt.	5	3	1¼	8¾	18	14
do. in Mill. Doll.	25.42	15.25	6.35	44.48	91.49	71.18
Ueberschuß bezw. Fehlbetrag	+15.83	—16.97	+41.26	+201.64	+107.61	+28.94

Drahtmeldungen.

r **Berlin,** 2. April. Die von der „Frankfurter Zeitung" angekündigte Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. wurde jetzt mit ℳ 600 000 Kapital errichtet. Gesellschafter sind — als Treuhänder für den Handel ihres Bezirks — Firmen in Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Oberschlesien, Berlin, Sachsen, Hamburg, Bremen, Rheinland-Westfalen, Mannheim, Frankfurt a. M. und München. Außerdem sind zwei Anteile den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugeteilt worden. Der Gesellschaft ist von der Reichsgetreidestelle und Reichsfuttermittelstelle die Uebernahme und Weiterleitung von ausländischen Waren, die der Bewirtschaftung der genannten Reichsstelle unterliegen, sowie der alleinige kommissionsweise Einkauf dieser Waren für Rechnung der Reichsstelle übertragen worden. Der Einkauf ist in der Weise vorgesehen, daß alle deutschen Firmen im eigenen Namen von den ausländischen Verkäufern kaufen und an die Gewerkschaft für Rechnung der Reichsstelle weiterverkaufen können. Sitz der Gesellschaft ist Berlin. In Aussicht genommen sind vorläufig Zweigstellen in Hamburg, Bremen, Duisburg, Mannheim und München. Die Gesellschaft darf keine Geschäfte für eigene Rechnung machen. Sie soll keinen Gewinn erzielen. Auf das Kapital darf nur eine Dividende von 5 pCt. verteilt werden, die von den Reichsstellen garantiert ist. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Angebote aller deutschen Kaufleute ohne Rücksicht darauf, ob sie Gesellschafter sind oder nicht, in gleicher Weise und unparteiisch zu berücksichtigen. Damit ist ein weiterer Schritt zur Wiedereinschaltung des Handels im Einkauf der wichtigsten Zerealien getan. Jeder deutsche Kaufmann ist in die Lage versetzt, seine ausländischen Beziehungen und Kredite im Rahmen der zulässigen Einfuhrmengen nutzbar zu machen.

Wegen Nichteinlösung der April-Kupons der ungarischen Staatsanleihen ist ein Telegramm der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Wien eingetroffen, wonach die Einlösungsmittel für die am 1. April d. J. fälligen Zinsscheine ungarischer Staatsanleihen nicht überwiesen werden können, weil diesbezügliche Weisungen der neuen Regierung noch nicht ergangen sind. Die Einlösung dieser Zinsscheine muß daher bis auf weiteres unterbleiben.

In der gestrigen G.-V. der Reichsbank wurden als Mitglieder des Zentralausschusses neugewählt Georg v. Simson, Direktor der Bank für Handel und Industrie (für den verstorbenen Dr. Kaempf) und Bankier Max Warburg in Hamburg (für den verstorbenen Generaldirektor Ballin). Als Stellvertreter wurde Karl Friedrich v. Siemens (für den verstorbenen Arnold v. Siemens) gewählt.

Die Niederlausitzer Bank erzielte an Zinsen ℳ 521 014 (i. V. 418 280), Provisionen ℳ 189 701 (148 068), Effekten ℳ 108 328 (116 973). Aus dem Reingewinn von ℳ 416 175 (416 553) werden wieder 8 pCt. Dividende verteilt.

Bei den Berlin-Gubener Hutfabriken verbleibt nach erhöhten Abschreibungen von ℳ 256 068 (i. V. 106 478) ein Ueberschuß von ℳ 668 941 (766 731), aus dem, wie gemeldet, eine Dividende von 18 (16) pCt. zur Ausschüttung gelangt. Der Vortrag vermindert sich von ℳ 210 533 auf ℳ 42 603. Der Eintritt des Waffenstillstandes schuf die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Wollhutfabrikation. Die Arbeit nahm seit Dezember befriedigenden Fortgang. Die Haarhutfabrikation habe trotz starken Rohmaterialmangels mit gutem Erfolg gearbeitet. Die Gesellschaft beteiligte sich neu an der Maschinenfabrik Wilhelm Quade G. m. b. H. In der Bilanz erschienen Vorräte mit ℳ 0.44 (0.19) Mill., Schuldner und Bankguthaben mit ℳ 1.66 (0.79) Mill., Wertpapiere mit ℳ 2.22 (4.08) Mill., Gläubiger und Bankschulden mit ℳ 1.38 (1.57) Mill.

Die Große Berliner Straßenbahn vereinnahmte im März abzüglich Verkehrssteuer vorläufig ℳ 8 014 134 (i. V. vor der Verkehrssteuer ℳ 6 995 948), damit seit Jahresanfang ℳ 27 552 565 (ℳ 18 625 822).

Die Hochbahn vereinnahmte im März ℳ 2 516 618 (i. V. 1 412 162) und damit seit 1. Januar d. J. ℳ 6 688 608 (4 777 045).

Die Börse bleibt am Ostersamstag geschlossen.

Die G.-V. der Großen Berliner Straßenbahn hat auch die bereits erfolgte Verschmelzung mit den vier Tochtergesellschaften zu genehmigen. Der Aufsichtsrat soll aus 12 bis 20 (bisher 12 bis 18) Mitgliedern bestehen. In die Satzungen wird ferner die Verpflichtung gegenüber dem Verbande Groß-Berlin aufgenommen, nach der die Gesellschaft sich bemühen muß, die Zuwahl von vier seitens des Verbandes zu bezeichnenden Persönlichkeiten in den Aufsichtsrat herbeizuführen.

Dividenden-Schätzung: Saccharin-Fabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List u. Co. in Magdeburg nach der „Berliner Börsen-Ztg." 6 pCt. (i. V. 15 pCt.).

r **Berlin,** 1. April. Die Bitterfelder Luisengruben A.-G. in Zschornd orf erzielte nach ℳ 141 939 (ℳ 148 918) Abschreibungen einen Reingewinn von ℳ 318 798 (i. V. einschl. ℳ 180 637 Gewinn aus Grundstücksverkauf ℳ 542 012), woraus bekanntlich 25 (i. V. 27 plus 18 pCt. Bonus) Dividende verteilt werden. Die Förderung betrug 7.31 (7.23) Mill. hl.

Die Rotophot A.-G. für Graphische Industrie in Berlin schlägt eine Dividende von 12 (10) pCt. vor.

T **Berlin,** 1. April. Die englische Regierung hob das Baumwollausfuhr-Verbot auf und genehmigte die Ausfuhr für ℳ 200 Mill. Baumwollgewebe.

K **Bremen,** 1. April. Die Joh. C. Tecklenborg (Schiffswerft) in Bremerhaven schlägt 10 pCt. Dividende nebst 5 pCt. Bonus in Kriegsanleihe vor (i. V. 12½ pCt. Dividende).

g **Hamburg,** 1. April. Die Anglo Continentale (vorm. Ohlendorffsche) Guano-Werke in Hamburg schlagen für 1918 eine Dividende von 8 (i. V. 10) pCt. vor.

Hamburg, 1. April. (W. B.) Die Vereinsbank schlägt die Verteilung einer Dividende von 9 pCt. vor.

h **Chemnitz,** 1. April. Die Ver. Flanschenfabriken und Stanzwerke A.-G. in Regis schlägt 9 (i. V. 30) Prozent Dividende vor.

b **München,** 1. April. Nach dem Prospekt der Prinzregentenplatz A.-G. in München, an der die Heilmannsche Immobiliengesellschaft A.-G. stark interessiert ist, wurden im laufenden Jahre bereits vier Bauplätze in Bodenhausen sowie ein Anwesen veräußert. Außerdem besteht Aussicht auf Verkauf einer Anzahl Bauplätze in Harlaching.

Wien, 1. April. (W. B.) Die Meldungen über ernste Unruhen in Frankfurt a. M. und die Unklarheit der allgemeinen Lage ließen an der Börse nennenswerte Geschäftslust nicht aufkommen. Hinsichtlich der Lage in Ungarn hat aber eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen, die bewirkte, daß auf einzelnen Gebieten Rückkäufe, verbunden mit teilweisen Kurserholungen, erfolgten. Bevorzugt waren türkische Werte sowie Südbahn-Prioritäten, doch stellten sich auch einzelne Werte niedriger. Schärfer rückgängig waren nur Schiffahrtswerte mit Ausnahme von Llody-Aktien, sowie mehrerer Nebenpapiere. Der Anlagemarkt war schwach. Ungarische Kronenrente büßte 5½ Prozent ein.

s **London,** 1. April. (Indir.) Die englische Regierung erteilte einer englischen Finanzgruppe Anweisungen, unter welchen Bedingungen diese in einer interalliierten Gruppe für chinesische Staatsanleihen, Finanz- und Handelskonzessionen mitwirken darf.

Das Abkommen zwischen der Mexican Eagle und Shellgruppe ist suspendiert worden. Verhandlungen zur Modifikation des Vertrages sind eingeleitet.

Der Aprilkupon der 4½proz. brasilianischen Sorocabana Eisenbahn-Obligationen wird voll bezahlt.

Die Baltimore & Ohiobahn gibt Doll. 3 Mill. 6proz. fünfjährige Collateralnotes zu 97½ pCt. aus.

Wien, 1. April. Schlußkurse. Brüxer Kohlen notierten 1420 (—.—).

	31.	1.		31.	1.		31.	1.
Türk. Lose	422	428	Länderbank	429½	474	Lloydaktien	3195	1240
Orientbahn	1813	1834	Tabakaktien	1210	1214	Poldihütte	960	930
Staatsbahn	877	873	Alpine	752	750	Daimler	620	603
Südbahn	149¼	144.—	Prager Eisen	2300	2340	Oestr. Goldrte.	—.—	—.—
Oest. Kredit	596	589	Rima Muran	760	755	do. Kronenrte.	83.—	81.—
Ungar. Kredit	714	702	Skodawerke	702	707	Febr.-Rente	—.—	—.—
Anglobank	400	390	Salgo Kohlen	785	766	Mai-Rente	83.—	81.25
Unionbank	517	511	Galizia	1252	1430	Ung. Goldrte.	—.—	—.—
Bankverein	438	430	Waffen	973	970	do. Kronenrte.	—.—	70.—

Zürich, 1. April. Wechselkurse: Deutschland 44.75 (45.50)

Wien .. 18.50 (21.—)	Paris 82.80 (83.50)	Kristiania 128.50 (129.—)
Holland 201.— (200.75)	Italien .. 66.— (64.25)	Petersburg 32.— (4?.—)
New York 5.04 — (5.05 —)	Kopenhg. 123.25 (125.75)	Madrid .. 100.— (100.—)
London .. 23.00 (23.12)	Stockhlm. 134.50 (134.75)	B'Aires .. 216.— (216.—)

Prag 25.50 (26.—).

Amsterdam, 31. März. Die Haltung an der Fondsbörse war ruhig.

	29.	31.		29.	31.		28.	31.
1½ Niedl.	92 5/8	92 3/8	South. Pac.	97 1/2	97 1/8	Sch. Berl.	22.50	22.50—
5½	61 1/2	61 7/8	South. Rail.	—	—	„ Wien	9.87½	9.00—
Kgl. Petr.-G.	640 —	649 1/2	Union Pac.	136 1/4	135 1/4	„ Schweiz	49.90 —	49.80—
Holl.-Am. L.	404 —	412 —	Anaconda	129 1/2	130 —	„ Kopnh.	62.60 —	62.50—
Ndl.-Ind. H.	224 3/4	228 —	Steels	96 —	95 7/8	„ Stockh.	67.15 —	67.15—
Atchison	94 —	94 —	Hapag	— —	— —	„ London	11.50½	11.47—
Rock Island	—	—	Sch. Newy.	— —	250 1/4	„ Paris	41.90 —	41.60—

London, 31. März. Fondsbörse. Privatdiskont 3 21/32 %.

	28.	31.		28.	31.		28.	31.
2½ Konsols	557/8	561/4	5% Kriegsanl.	94 31/32	94 31/32	Rio Tinto	55¾	557/8
5 Argentin.	— —	— —	4% Kriegsanl.	101 —	101 —	Chartered	21/2	21/3
4 Brasilian.	— —	— —	3½ Kriegsanl.	871/8	871/8	De Beers	19 —	20 1/8
4 Japaner	— —	— —	Canada Pacif.	1771/4	1771/2	Goldfields	111/16	111/16
Portugiesen	— —	— —	Erie	— —	21 —	Mal. R. Mex	111/2	111/2
5 Russen 06	— —	— —	Steels	105 —	107 —	Randmines	215/16	27/8
4½ Russ. 09	— —	— —	Anaconda C.	— —	— —	Silber	50 —	50 —

b **Hamburg,** 1. April. Kaffee-Zufuhren in Rio vom 27. März 4000 Sack, Santos 21 000 S., Sao Paulo 21 000, Jundiahy 10 000 Sack seit 1. Juli 1918: Rio 1 291 000 S., Santos 5 253 000 S. Vorrat: Rio: 619 000 S., Santos 3 521 000 S. Preise für Standards: Rio Nr. 7 11025 Rs., Santos Nr. 4 13100 Rs., do. Nr. 7 12000 Rs. Wechsel London 13¾.

K **New York,** 29. März. Den Eisenbahnen wurden weitere Darlehen von Doll. 9 323 000 gewährt. Hiervon entfallen auf die New York Centralbahn Doll. 2 Mill., auf die Lehigh Valley-Bahn Doll. 2.4 Mill., auf die Chicago Milwaukee and St. Paul-Bahn Doll. 1.6 Mill., auf die Chicago Rock Island and Pacific RR. Doll. 2.8 Mill., auf die Chesapeake and Ohio RR. Doll. 800 000 und auf die Michigan Centralbahn Doll. 902 000.

Nach den vorliegenden Berichten sind die Verhältnisse in den Frühjahrsweizenstaaten günstig für die Bestellung des Bodens. Aus den Winterweizen-Gebieten liegen Nachrichten vor, nach denen der Saatenstand nach wie vor ausgezeichnet ist.

Willy Overland Co.: Jahreseinnahmen nach Abzug aller Lasten und Steuern Doll. 5 536 000.

Meldrum, der Präsident der Seabord Airline, wurde zum Präsidenten der Texas and Pacific RR. gewählt.

Nach dem wirtschaftlichen Wochenbericht der Zeitungen machte sich vermehrte Kauflust sowohl im Groß- wie im Kleinhandel bemerkbar. Auch im Baugeschäft zeigte sich regere Tätigkeit. Es werden Vorkehrungen getroffen, um den Verkehr auf den großen Seen bald wieder aufzunehmen.

Februarausweise: Great Northern RR.: Bruttoplus Doll. 1 202 000, das Nettodefizit nahm um Doll. 231 000 ab. — Norfolk and Western RR.: Bruttoplus Doll. 756 000, Nettoplus Doll. 57 000. — New York Ontario and Western RR.: Bruttominus Doll. 67 000; das Nettodefizit nahm um Doll. 100 000 zu. — Calumet and Hecla Mining Co. erzielte einen Jahresnettogewinn von Doll. 4 319 000 gleich Doll. 43.49 auf die Aktie gegen Doll. 83.27 im Vorjahr.

K **New York,** 1. April. Die Kursbewegung war anfangs nicht einheitlich zu nennen. Im weiteren Verlauf überwog eine schwächere Stimmung, die ihren Ausgang von Vorstößen der Baissepartei nahm, die sich besonders gegen Steels richteten. Den Hauptanstoß zu der herrschenden Mißstimmung gaben weniger günstige Nachrichten über die allgemeine politische Lage in Europa. Im Nachmittagsverkehr setzte dann eine kräftigere Erholung ein, die durch Käufe in Eisenbahnaktien bedingt war. Namentlich stiegen die Anteile lokaler Transportunternehmungen im Zusammenhang mit der Erwartung einer Erhöhung der Tarife. Die Börse schloß in sehr fester Haltung. An Aktien wurden 770 000 Stück umgesetzt.

New York, 29. März. Schlußnotierungen.

	28.	29.		28.	29.		28.	29.
Atch. 4 Bds.	74—	74—	Io Pr. Lien			S. P. 4pr. 2°	83¼	83—
Balt. 4½ Bs.	74⅝	74½	4 Bds.	82½	83—	Un. Pac. 4 pr.	85½	85½
Chesap 4½	78¼	78¼	S. L. & S Fr. 4	60¼	60—	Unit. Stat.		
R. Isl. 1934	——	——	do. S. Adjust	66⅛	66¾	4pr. R. 25	105¼	105¼
Pac. 3 Bds.	59—	58¾	do. inc. M. 6	42¼	42¼	Steel 5% B	103⅛	100⅜

New York, 31. März. Schlußnotierungen.

	29.	31.		29.	31.		29.	31.
Tend. f. Geld	—	s. fest	Lond. 60 Tg.	4.54.—	4.55.50	Am. Smelt	69½	69—
Gld. 24 Std.			Cable Trsf.	4.58 —	4.59.50	Anaconda	60¾	60½
Durchschn.	nom.	5½	Silberbull.	101⅛	101⅛	Bethl. Steel	68¼	68½
Letzt. Darl.	nom.	5¾	Balt. & Ohio	47¼	47⅛	Hero. H. c.	26⅜	26¾
Wechs. Paris (Sicht)	6.01.—	6.04.—	Canad. Pac.	157½	158½	„ „ pr.	111⅛	112¼
			Miss. Pacif.	23⅝	23¾	U. Steels c.	98½	98½
			Pennsylv.	44 —	44⅛	Akt.-Ums.	580000	770000

New York, 31. März. (W. B.) Baumwolle. Der Markt eröffnete in behaupteter Haltung. Die Preise alter Kontrakte stellten sich um 45 bis 35 Punkte niedriger, während die neuer Kontrakte um 7 bis 25 Punkte nachgaben. Die niedrigeren Preise waren auf geringe Ausfuhren, enttäuschende Lokonachfrage und günstige Wetterberichte zurückzuführen. Auch fanden Abgaben für Rechnung des Südens statt. Im weiteren Verlaufe konnte sich der Markt auf Deckungen und Käufe der Wallstreet wieder erholen und schloß in behaupteter Haltung.

	28.	29.		28.	29.
Minneapolis, 29. März			Toledo, 29. März		
Leinsaat loko	365½	377—	Kleesaat loko	20.—	20.25
Winnipeg, 29. März			do. per Okt.	17.65	18.25
Leinsaat per Mai	335—	345½	New York, 29. März		
Duluth, 29. März			Hafer white clipped	73¼	74—
Leinsaat per Mai	364½	375—	Roggen loko No. 2	180—	180—
do. per Juli	351—	363—	SchmalzRohe&Broth.	30.—	30.—

Waren- und Produkten-Berichte.

v. E. **Kaffee.** Rotterdam, 22. März. Für in Indien liegenden Robusta war der Markt während der vergangenen Woche ruhiger gestimmt und der Umsatz unbedeutend. Jedoch kamen ziemlich bedeutende Umsätze zustande in schwimmenden Kaffees sowohl von Ostindien, Westindien wie Brasilien, weil alle Kaffeeröster sich mit Vorräten zu versehen wünschten, damit sie den ersten dringenden Bedarf befriedigen können, sobald die Schiffe angekommen sein werden.

t **Wein.** Weinberg-Versteigerungen. In Lorch im Rheingau kostete die Rute Weinbergsland bei Weinbergen in mittleren Lagen ℳ 60—45, in besseren Lagen ℳ 95—135. — In Erpolzheim in der Rheinpfalz gelangten Weinberge der Witwe M. Koch aus Kallstadt zur Versteigerung. Dabei stellten sich 12 Ar Weinbergsland auf ℳ 2250 unter der Fasanerie, 49 Ar in der Kornegewann auf ℳ 1720 und 9.2 Ar im Wörth auf ℳ 5405.

R **Holz.** Wiesbaden, 26. März. Bei einem Verkauf der Oberförsterei Diez wurden 228 rm Buchenscheitholzer mit ℳ 24.70 in der Oberförsterei Kröftel 242 rm Eichenscheiter mit ℳ 25.70 und Buchenscheiter mit ℳ 42.20, in der Oberförsterei Trier 1200 rm Eichenscheiter mit ℳ 25 das rm bewertet.

§ **Viehmärkte.** Husum, 28. März. Der Zutrieb zum hiesigen Schweinemarkt betrug nur 50 Ferkel. Der Handel gestaltete sich gut. Der Markt wurde geräumt. Bezahlt wurden für 6—8 Wochen alte Ferkel ℳ 140—160, für 8—10 Wochen alte Ferkel ℳ 160—180 das Stück. Nach Lebendgewicht wurde das Pfund mit ℳ 6.00—6.50 bezahlt. — Der Handel in Kalbvieh und Pferden ist langsam. Kalbvieh wurde mit 1800 bis 2800 ℳ, Kalbquien mit 1400—1800 ℳ und Pferde bis mit ℳ 6000 das Stück bezahlt.

Konkurs-Eröffnungen (Liste 11).

Bruno Zeeb, Klempnermeister	Berlin	Philipp Pepper, Kfm.	Hannover
Bamsit Seifenfabrik G. m. b. H.	Berlin	Julius Förster, Tischler	Leipzig-Sellerhaus
Fritz Topf, Kaufm.	Berlin	Theodor Graber †, Kaufmann	Mannheim
Hermann Gottber, Ir. Rittergutsbes.	Breslau	Firma A. Busch, Inh. Erbin Andr. Busch	Mülheim-Ruhr-Heiß.
Susanna Katharina geschied. Meyer †	Dresden	Maschinenfbr Rheinland J. Jochims & Co.	M.-Gladbach
E. Krappetein, Wirt	Elberfeld	Arno Kolbe, Kaufm., all. Inh. der Firma Kolbe & Schulze	Babenau
Gewerkschaft „ver. Glückauf"	Gotha	Jakob Lachmann †, Gut-Besitzer	Rankenheim
Emil Meroh, Christel Dankert, Drogist	Hamburg	Hermann Randewig, Korbmacher	Velbert
Maximilian Einzig, Kaufmann	Hannover		

Verlosungen. (Ohne Gewähr.)

Braunschweig, 1. April. (W. B.) Prämienziehung der Braunschweiger 20-Talerlose. 180 000 Mark fielen auf Serie 8445 Nr. 5, 15 000 Mark auf Serie 3159 Nr. 20, 5600 Mark auf Serie 8445 Nr. 40, 3000 Mark auf Serie 7966 Nr. 40, je 285 Mark auf Serie 1608 Nr. 5, Serie 2896 Nr. 8, Serie 3159 Nr. 23, Serie 4226 Nr. 28, Serie 5322 Nr. 21, Serie 5479 Nr. 21, Serie 5479 Nr. 39, Serie 8880 Nr. 25, Serie 8880 Nr. 46, Serie 9702 Nr. 19; je 210 Mark auf Serie 9 Nr. 12, Serie 1608 Nr. 26, Serie 3108 Nr. 3, Serie 3650 Nr. 41, Serie 4634 Nr. 9, Serie 7966 Nr. 27. Jede der übrigen zu den gezogenen Serien gehörenden Nummern wird mit 93 Mark eingelöst.

Wetterbericht von heute. (Phys. Ver. Frankfurt.) Wolkig, trocken, wärmer, südöstliche bis südliche Winde.

Export Holland
regelmäßige Fahrten von Frankfurt a. M. nach
Rotterdam u. Amsterdam
Auskünfte über Frachten und Abfahrten erteilen
Carl Presser & Co., G. m. b. H.
Reederei — Spedition — Lagerung
Frankfurt a. M.

Blendend weiße Zähne durch Zahnpaste
Chlorodont
beseitigt Zahnstein und üblen Mundgeruch. 60108

Statt Karten. 14042?
Else Desser
Ernst Wieseneck
Verlobte.
Frankfurt a. M., 2. April 1919.
Zu Hause: Hermesweg 10. Samstag 5. April, Sonntag 6. April.

Statt Karten. 14171
Blanca Joseph
Artur Rosenthal
Verlobte.
Darmstadt, im April 1919.
Heidelbergerstraße 9. Ernst Ludwigstraße 26.

Dr. med. Sigmund Heilbronn
Rita Heilbronn geb. Lenné
Vermählte.
Gailingen (Baden) *Frankfurt a. M.*
1. April 1919. *14438*

In Leysin entschlief nach kurzer Krankheit am 20. März unsere
Eva.
Stuttgart, Berlin, München — Tony Kwast-Hiller, James Kwast, Hans und Mimi Pfitzner, Paul, Peter, Agnes Pfitzner.
67115

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen 14590
Rosalie Bockmann
Fritz Löb
Oppenheim a. Rhein. *z. Zt. Monsheim Rheinhessen.*

Teilnehmenden Verwandten und Freunden machen wir hiermit die traurige Mitteilung, daß unser einziger heißgeliebter Sohn
Erich Fester
Vizefeldwebel in einem Inf.-Regiment
Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl.
am 4. März im engl. Gefangenenlager Peak Dale infolge von Influenza sanft entschlafen ist.
Frankfurt a. M., 1. April 1919.
In tiefstem Schmerz:
Geh. Sanitätsrat Otto Fester u. Frau.
Beileidsbesuche dankend verbeten. 14595

Heute entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unser innigstgeliebter
Herr **Hermann Schwab.**
Frankfurt a. M., 1. April 1919.
London
Wongrowitz i. P.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Mathilde Schwab geb. Japhet
Julius Schwab und Frau geb. Ellern
Rabbiner Dr. Friedmann und Frau geb. Schwab
Willy Mainz und Frau geb. Schwab.
Die Beerdigung findet statt: Donnerstag, den 3. April, vormittags 9 Uhr vom Trauerhause Hermesweg 3 aus.
J4049?

Statt besonderer Anzeige.
Seinen vielen Freunden hierdurch die Trauerbotschaft, daß unser geliebter Sohn und Bruder, der Rechtspraktikant
Dr. Hermann Kahn
nach fast vierjähriger Gefangenschaft auf dem Marsche zum wieder aufzubauenden französischen Schlachtgelände an Lungenentzündung erkrankte und am 20. Februar d. J. im Hospital zu Arras im 32. Lebensjahr gestorben ist. 14587
In tiefster Trauer
Frau Josef Kahn Wwe.
Heinrich Kahn.
Sulzburg (Baden), 30. März 1919.

Heute vormittag verschied nach längerer Krankheit unser Chef,
Herr
Isaak Klein
Inhaber der Firma Gebr. Nöther.
Wir betrauern aufrichtig den Verlust des uns jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehenden wohlwollenden Prinzipals.
Seine Pflichttreue wird uns vorbildlich sein und wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Angestellten
der Firma
Gebr. Nöther, Bruchsal.
Bruchsal, den 30. März 1919.
14554

Heute morgen schied
Herr Großkaufmann
Karl Noether
in Mannheim
nach kurzer Krankheit aus dem Leben.
Als Mitgründer der Süddeutschen Bank in Mannheim gehörte Herr Karl Noether ihrem Aufsichtsrate an und mit Vereinigung der Süddeutschen Bank mit unserem Institute trat er im Jahre 1911 in unseren Aufsichtsrat ein. Seit dieser Zeit hat der Verblichene seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen mit Erfolg für die Interessen unseres Instituts eingesetzt.
Wir werden ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.
Aufsichtsrat und Direktion der Pfälzischen Bank.
14553